

Waldenburger Arbeiter-Zeitung

Waldenburger Arbeiter-Zeitung
Verlag: Waldenburger Verlag
Redaktion: Waldenburger Verlag
Postamt: Waldenburger Verlag
Telefon: Waldenburger Verlag
Abonnementspreis: Waldenburger Verlag

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsbeleg: Breslau 10, Waldenburger Str. 10, Tel. 100 80.
Postbeleg: Breslau 10, Waldenburger Str. 10, Tel. 100 80.
Telegraphische Adressen: Breslau 10, Waldenburger Str. 10, Tel. 100 80.

Blutbad am 1. Mai!

Die Schuldigen am Pranger — Aus Prestige-Gründen muß geschossen werden, fordert die „Bergwacht“ — SPD.-Wendemuth beschimpft die kommunistischen Arbeiter als Lumpenproletarier

ab. Breslau, 22. April.

Je näher der 1. Mai heranrückt, um so provokatorischer wird die Sprache der sozialdemokratischen „Bergwacht“ gegenüber den kommunistischen Arbeitern. Die Freitagnummer des genannten Blattes strotzt voll der wüstenstehenden Beschimpfungen der SPD. und ihrer Funktionäre. In einem Artikel, betitelt „Die Kasse der Arbeiterzeitung“, werden die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ als Irrenanstalt bezeichnet, die die Arbeiterzeitung als Irrenanstalt bezeichnet. Nun, diese Schimpfereien lassen uns kalt, wir wissen, daß sie von einem „Verantwortlichen“ geschrieben werden, der, um „produktiv“ zu bleiben, gezwungen ist, vorwiegend flüssige Nahrung zu sich zu nehmen. Seine „Poetik“ ist lediglich die Folge jenes Zustandes, die der Arzt als Delirium tremens (Säuerwahn) bezeichnet. Größere Beachtung verdient dagegen ein Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wendemuth, betitelt „Schützt euren 1. Mai vor den planmäßig vorbereiteten Störungsversuchen der Kommunisten“. Dieser, über drei Spalten aufgemachte Artikel, behauptet, am 1. Mai eine Pogromstimmung gegen die kommunistischen Arbeiter hervorgerufen. Den Arbeitern wird vorgeworfen, daß die Kommunisten den 1. Mai benutzen wollen, um Zusammenstöße gegen andersgeleitete Arbeiter zu erzielen. Wörtlich heißt es: „Sie (die Kommunisten) planen dabei vor allen Dingen, wieder die Inorganisierten und die übrige „revolutionäre Opposition“ vorzuführen, die natürlich von der wahren Lage keine Ahnung haben, aber fanatisiert genug sind, um sich von den kommunistischen Drahtziehern gegen die eigenen Klassenangehörigen mißbrauchen zu lassen. Natürlich werden sich unsere eigenen Anhänger dagegen zur Wehr setzen, und was dabei herauskommt, das kann man wohl ahnen, ist dagegen vorläufig noch gar nicht abzusehen.“

So wird die Hehe gemacht. Den sozialdemokratischen Arbeitern im Waldenburger Revier wird vorgeworfen, die Kommunisten planen am 1. Mai Zusammenstöße. Das schlechte Deutsch des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in ein deutliches Deutsch übertragen, bedeutet der letzte von uns setzgedruckt zitierte Satz nichts anderes, als ein Appell an die Kolonialkommandos des Reichshauptquartiers, die Kommunisten niederzuschlagen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die kommunistischen Arbeiter in der provokatorischsten Weise beschimpft und verleumdet. Wendemuth wagt es, folgendes zu schreiben:

„Die kommunistische Partei ist im Grunde genommen nur noch die Partei des Lumpenproletariats, und der Rote Frontkämpferbund ist ihre bewaffnete Garde. Sie hat nichts mehr mit der eigentlichen Arbeiterbewegung. Denn sie ist nur noch das willfährige Element der bolschewistischen Drahtzieher.“

Strotzt Wendemuth beschimpft die kommunistischen Bergarbeiter im Waldenburger Revier als Lumpenproletarier. Weil vom Schutz entfernt, glaubt er, ungekräftigt provozieren zu können. Herr Wendemuth kann in diesem versichert sein: Die kommunistischen Arbeiter und die roten Frontkämpfer werden ihm auf diese Beschimpfung eine deutliche Antwort geben. Die Kommunisten sind Lumpenproletarier, freilich Wendemuth, um jene Pogromstimmung zu entfachen, welche die sozialfaschistischen Führer zur blutigen Niederknüpfung der revolutionären Arbeiterschaft benötigen.

Herr Wendemuth wird sich täuschen. Der sozialdemokratische und parteilose Kumpel lernt den kommunistischen Kameraden, mit dem er jahraus jahrein unter Risiko des Lebens und der Gesundheit für elenden Lohn, den er dem Ausbeuter und der reformistischen Gewerkschaftspolitik verdankt, besser, als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, der im Klubstempel seines Privatimmers im Reichstag Heftartikel schreibt, um am 1. Mai ein Blutbad herbeizuführen. Die Kumpel, die gemeinsam alle Leiden des ausgebeuteten Grubenproletariats täglich an eigenen Leibe spüren, die gemeinsam leiden und gemeinsam kämpfen, lassen sich durch die Niedertracht eines notorischen Ehrabschneiders und Verleumders nicht am 1. Mai auseinanderheben. Es ist interessant zu lesen, wie Wendemuth den schamlosen Versuch seines Genossen Jörgiebel, der Berliner Arbeiterschaft das Demonstrationsrecht am 1. Mai zu rauben, verteidigt. Er schiebt die Zusammenstöße in Berlin den roten Frontkämpfern in die Schuhe und schreibt:

„Dabei mußten Kommunisten und rote Frontkämpfer wiederholt als die Schuldigen festgesetzt werden, so daß sie eigentlich alle Veranlassung hätten, darüber recht ruhig zu sein, statt dessen

Arzten sie darüber am allermeisten und rufen jetzt offen dazu auf, am 1. Mai „die Straße zu erobern“. Man kann nun sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es nicht besser gewesen wäre, die Straßen an diesem Tage von vornherein freizugeben, obwohl darüber natürlich alle anderen Parteien wieder lebhaft lamentiert hätten. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß nun nach diesem Auftreten der kommunistischen Partei das Verbot bestehen bleiben muß, wenn sich die Regierung nicht um alles Ansehen bringen will.“

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wendemuth hat mit dankenswerter Offenheit gesprochen. Mag das Jörgiebel-Verbot, wie ein SPD.-Blatt sagte, „idiotisch“ oder nicht sein. Es

ist erlassen, also muß es unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Aus Prestige-Gründen! Jörgiebel muß am 1. Mai Blutbad aus Prestige-Gründen sein! Wir kennen die Weise, wir kennen den Text. In derselben Art haben die Gewalthaber in der Vorkriegszeit, haben die Jagow, Wienlo und Konsorten den Arbeitern das Recht auf die Straße rauben wollen. Carro und Manetti mögen unschuldig oder nicht sein, das Proletariat demonstriert, sagten Fuller und Co., also müssen sie aus Prestige-Gründen gemordet werden! Wie Fuller spricht Wendemuth, spricht Jörgiebel, sprechen die SPD. und Gewerkschaftsführer, spricht die ganze kapitalistische Meute:

Gummiknüppel, Karabiner, Maschinengewehre am 1. Mai in Berlin zum Schutz des Prestige der kapitalistischen Republik!

Jörgiebel will schießen lassen!

Feststellungen eines sozialdemokratischen Blattes

Auch die wüstenstehenden Beschimpfungen und Verleumdungen, mit welchen die „Bergwacht“ täglich die kommunistische Partei und ihre Funktionäre überhäuft, wischen die Blutschuld der SPD.-Führer am 1. Mai nicht ab. Das zeigen die Eingeständnisse „linker“ SPD.-Blätter, das zeigt nachstehender Artikel, den wir der gesamten Arbeiterschaft als Dokument sozialdemokratischer Blutschuld unterbreiten. Wir empfehlen besonders den Waldenburger Arbeitern, diesen Artikel den Wendemuth und Konsorten unter die Nase zu halten:

Unter der Überschrift „Der 1. Mai — Berlins Totentag“ veröffentlicht „ein Berliner Sozialdemokrat“ im „Sächsischen Volksblatt“ vom 19. April, anschließend an eine Glossierung der Verhaftung von 163 Fichte-Paddlern, folgende aufsehenerregenden Ausführungen:

„Diese „Komödie“ des Kleinen Befreiungslandes in Berlin läßt ein fürchterliches Trauerspiel am 1. Mai ahnen. Daß der 1. Mai trotz des Verbots des Polizeipräsidenten und trotz Abmachung des größten Teils der Gewerkschaften (das Organ der freigewerkschaftlichen Beamten begnügt sich, den internationalen Aufruf abzubringen und die Aufforderung zu Demonstrationen im Druck hervorzuheben) nicht ohne Demonstrationen vorübergehen wird, ist bei der steigenden Radikalisierung Berlins so gut wie sicher. Wenn die Polizei die 163 Galtbootsfahrer nicht zusammenfassen läßt, so wird sie ganz gewiß gegen die Straßendemonstration der vielen Zehntausende, die trotz aller Abmahnungen das Recht auf die Maidemonstration gegen den Polizeipräsidenten verteidigen wollen, einschreiten; und wenn am Anfang des Einschreitens der Gummiknüppel steht, so endet es wie schon oft (Dwege oder Strasburg) mit erschossenen Arbeitern!“

Nachher kann der „Vorwärts“ viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen; der einfache, d. h. nicht am „8-Uhr-Abendblatt“ geschulte, Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite er-

innert er sich, daß auch Herr von Jagow die Maidemonstration nicht unterdrücken konnte.

Es ist sehr einfach, die Schuld an dem Unglück, das der 1. Mai 1920 über viele Arbeiterfamilien bringen wird, den Kommunisten zuzuschreiben; man braucht nur zu sagen, daß die Kommunisten, wenn das Verbot bestand, nicht zu einer Demonstration hätten aufsteigen dürfen. Aber was nützt es, für den Mörder zu kämpfen, der das Jahrtausende alte Verbot „Du sollst nicht töten“ bewußt übertreten hat, was nützt es, seine Begehung zu verlangen,

wenn man kalten Herzens zuseht, wie alle Vorbereitungen getroffen werden, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten Jörgiebel aus dem Jahre 1929 niederzuschlagen?

Es ist nur Sache der Berliner Parteigenossen, wenn die am 1. Mai 1929 erschossenen Arbeiter den Kampf mit einer sozialdemokratischen Berliner Kommune unmöglich machen; es mag schließlich auch allein Sache der beteiligten Gewerkschaften sein, wenn der Genosse Prolat, Direktor der Berliner Verkehrs-V.G., das Recht des Unternehmers vor dem Arbeitsgericht verteidigen muß; Arbeiter wegen unerlaubter Feier des 1. Mai zu entlassen. Aber Sache der Gesamtpartei ist es, wenn das Leben von Arbeitern für die Erhaltung der sogenannten Staatsautorität geopfert werden soll!

Wir hoffen, daß die Berliner Genossen, die ja noch vor dem 1. Mai ihren Bezirksparteitag abhalten, noch ein deutliches Wort zu den Kampfvorbereitungen der Berliner Polizei sprechen werden. Aber dürfen wir den Genossen Jörgiebel an das Wort des römischen Kaisers erinnern: „Lieber will ich einem Bürger das Leben retten als tausend Feinde töten“, dürfen wir ihn bitten (!), lieber seine Autorität zu riskieren und von Maßnahmen gegen die Mai-Demonstrationen abzusehen, als den 1. Mai zu einem Tage der Toten zu machen? Wir haben trotz aller Ereignisse der letzten Wochen noch die Hoffnung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht das Leben von Arbeitern auf Spiel setzen wird — freilich, groß ist die Hoffnung nicht.“

Wir sind uns nicht im Zweifel darüber, was das „Sächsische Volksblatt“ so radikal reden läßt. Es sind die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen. Ein Vorgehen Jörgiebels gegen Berliner Mai-Demonstranten würde auch den sächsischen Sozialdemokraten Tausende und Tausende von Arbeiterwählern abspenstig machen. Also aus Furcht vor einer Schwächung der Jörgiebel-Partei sagen die „Linken“ so ungeschminkt die Wahrheit.

Sie beschuldigen Jörgiebel nicht mehr und nicht weniger als des bewußt vorbereiteten Mordes an Arbeitern, und wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Nachher können der „Vorwärts“, die „Bergwacht“ und der Verleumder Wendemuth viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord erzählen. Nachher? Sie tun es schon heute.

Doch es kann nichts mehr vertuscht, es können keine Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt werden. Nicht nur die Berliner Arbeiterschaft weiß mit Fingern auf die Mörder, nein, selbst sozialdemokratische Blätter müssen flammende Anklagen gegen die Minister-Sozialisten erheben, die den 1. Mai zu einem Tag der Polizei-Revolution machen wollen. Jetzt ist es genug. Schon haben Hunderte von Belegschaften ihr Wort gesprochen. Weitere Hunderte und Tausende werden folgen. Die Forderung: „Straße frei am 1. Mai!“ ist allgemeiner Ruf der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Das wird sich in zehn Tagen erweisen.

Vom Tage

Die deutschen Sachverständigen Schacht und Böglner hatten am Sonntag eine Besprechung mit den Mitgliedern des Reichskabinetts, über die ein amtliches Komunique ausgegeben wird. Aus diesem geht hervor, daß Schacht in Paris weiter verhandeln und den interalliierten Gläubigern weitere Konzeptionen machen wird.

Die für heute Montag vormittag angeordnete Kollision der Reparationskonferenz ist wegen der Beerdigung des verstorbenen Delegierten Ravestolle auf Dienstag vertagt worden.

Am Sonntag hielt der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei eine Sitzung ab, in der u. a. die Forderung nach weiterer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts aufgestellt wurde.

Der Bruder Wilhelms, Prinz Heinrich v. Preußen, ist am Sonnabend verstorben. Die bürgerliche Presse macht ein großes Trara.

Die faschistische Gefahr und der Sozialfaschismus

Von Ernst Schneller.

Der „Klassenkampf“, das Organ des „linken“ SPD-Aflügel und des „Rechts“, liefert in einem der letzten Hefen:

„So greift es vielleicht Mängel mag, so ist es doch heute historisch Wirklichkeit: Koalition ist der Weg in den Faschismus!“

Diese Feststellung hindert die „linken“ Selben keineswegs, die SPD als den Hort der „reinen“ Demokratie, die kapitalistische Demokratie als das Bollwerk gegen den Faschismus zu pfeifen. Die wachsende Opposition der SPD-Arbeiter gegen die schändliche Politik der Müller-Seydewitz-Fischering-Wißel läßt die „linken“ Führer das Jugendlächeln vom Weg in den Faschismus machen, um zugleich die Arbeiter weiter wie bisher und noch stärker für Demokratie, Republik und SPD zu begeistern. Keinesfalls dürfen den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen darüber geöffnet werden, daß die Sozialdemokratie als Bewegung mit der Politik der Trübsbourgeoisie auf Gedeih und Verderb verknüpft ist, daß die Rettung der Sozialdemokratie als Partei von der Rettung der Bourgeoisie von den gesteigerten Angriffen der Arbeiter und der Revolution abhängt.

Inzwischen ist das Wesen der Koalitionspolitik noch offener vor den Augen enthüllt worden. Der preussische Innenminister Ergelen hat seine Androhung des Verbots des KPD und der SPD, erlassen. Die Presse der Schwerindustrie fordert stürmisch, daß der Androhung die Tat folgen soll. Jörgiebel bereitet für Berlin einen blutigen 1. Mai vor, der sozialdemokratische Polizeigenator Schönfelder in Hamburg wetteifert mit ihm so, wie der Marschall Bülow im Vorjahre in Warschau mit Unterstützung von sozialdemokratischen Kollaboranten die Demonstration der revolutionären Arbeiter mit Wassergewalt zu verhindern suchte.

Was anderswo mit den Mitteln der offenen faschistischen oder der Willkürherrschaft erreicht wird, das besorgt in Deutschland am Tage des 1. Mai auf dem Wege der Koalitionsregierung Müller: Straße frei für den Polizeiteror, Straße frei für Arbeitermord, Straße frei für Kommunistenhetze!

Dieses faschistische Terrorregime der SPD ist nichts anderes als die brutale Durchführung mit allen Mitteln und unter allen Umständen der verschärften Hunger- und Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie gegen den wachsenden Widerstand des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung. Dieses Terrorregime ist die Legitimation des deutschen Trübskapitals für die Reparationsverhandlungen, für die Einreichung Deutschlands in den Antisowjetblock.

Zur Durchführung der passiven Koalition, des Panzerkreuzer-Sozialismus, des Abbaues der Sozialfürsorge und der Wesshneuern bei steigender Massenbelastung und Massenverwerflosigkeit, zur Sicherung der neuen Hungeroffensive durch Preissteigerung und Antriebsverbot — braucht die Bourgeoisie die vollständige Knebelung der Massen.

Demokratie und Parlament reichen angesichts der wachsenden Schwere der heranwachsenden großen Krise und der wachsenden Erbitterung der Massen nicht aus, den Betrag am werktätigen Volke und seine Niederknüpfung zu sichern. Die revolutionäre Vorhut muß brutal niedergeschlagen werden, um die Arbeiter ihrer besten Kämpfer zu berauben. Die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus erfüllt die Ausweglosigkeit des Imperialismus. Der Übergang zu faschistischen Methoden mit Unterstützung der SPD zeigt die Engherzigkeit des neuen deutschen Imperialismus, um seine Existenz mit allen Mitteln zu kämpfen. Die Bourgeoisie und alle ihre Parteien solidarisierten sich völlig mit den Regierungsmethoden der SPD-Minister. Sie fordern mehr: die gesamte Organisation, der gesamte Einfluß der SPD, muß aufgehoben werden, um diese Politik zu sichern.

Nicht bloß die faschistischen Banden der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und des Jungbo sollen in Reich und Glied mit den von den reaktionären Offizieren vorwärtsgetriebenen Polizeitruppen marschieren — auch die Kollaboranten des Reichsbanners, die „Ordner“ der SPD. Die Einheitsfront aller Parteien von den Aldeutschen bis zur SPD gegen Arbeiterklasse und Kommunismus marschieren. Die Fälle der offenen Unterstützung von Polizei und Unternehmertum im Kampf gegen die Kommunisten, gegen ihren wachsenden Einfluß seitens der SPD, häufen sich immer mehr.

Was bislang von bezahlten Betriebsräten, von Werkspolizei getan wurde: Denunziationen von Kommunisten — das besorgen heute in steigendem Maße sozialdemokratische Funktionäre

(die hoffen, auch einmal „etwas zu werden“). Nach dem Hagenarbeiterkampf in Hamburg heizt das „Hamburger Echo“: Hinans mit den Kommunisten aus dem Hagenbetrieb. Sozialdemokratische Betriebsräte drohen mit Hinanswurf aller Kommunisten, wenn die Herausgabe der Betriebszeitungen nicht eingestellt wird. In sozialdemokratisch geleiteten Betrieben (d. h. Berliner Verkehrs-A.G.) werden systematisch oppositionelle Arbeiter entlassen. Der Kurs der Spaltung in den Gewerkschaften, Sportorganisationen, bei den Freizeidern, die völlige Erdrosselung der proletarischen Demokratie in den Verbänden — diese Tatsachen zeigen, wie an einem Exempel der völlig unbegrenzten Herrschaft einer kleinen Führerelite gearbeitet wird, die Gewerkschaften und Massenorganisationen zu blindlings ergebenen Organen der Militarisierung, Spaltung, Schwächung und Niederwerfung des Proletariats zu machen.

Bankrott des Parlamentarismus und Bankrott der bisherigen Methoden zur Anpflanzung und Unterdrückung der werktätigen Massen haben zur Anwendung faschistischer Methoden, zur direkten Stärkung faschistischer Organisationen, zur Entwicklung des faschistischen Kurzes der SPD geführt und werden dies auch weiter in immer größerem Ausmaß tun. Die SPD ist am Wachsen der faschistischen Gefahr aktiv beteiligt. Sie steht mit in erster Reihe!

Diese Entwicklung nicht sehen wollen, ihre Hintergründe nicht aufdecken, das heißt, der SPD direkt in die Hände arbeiten. Die kommunistische Partei hat diese Entwicklung rechtzeitig erkannt. Sie hat auch die richtigen Wege eingeschlagen, um eine desto härtere Mobilisierung der Massen zur Offensive gegen den Dreißand: Staat, Unternehmerrorganisationen, reformistische Bürokratie, durchzuführen. Daß die Partei sich nicht betren ließ, brachte ihr die großen Erfolge bei den Betriebsratwahlen; die Massen sind in wachsendem Maße bereit, unter der Führung der Partei zu kämpfen.

Keine Kapitulation vor dem Androhen des Verbots, vor den faschistischen Vorhören, kein Anbuhel und keine „Einheitsfront“ mit den sozialfaschistischen Führern und ihren „linken“ Kampagnen, sondern klare Aufspaltung der Kampffront, der revolutionären Kampforganisationen und der Kampfmethoden.

Kein demokratisches „Rettungsprogramm“, sondern Aufklärung des Massenproblems in revolutionärem Sinne: für die proletarische Diktatur!

Je klarer die Partei diesen Weg geht, um so schmächtlicher entpuppt sich die Rolle der Rechten und Versöhler. Die Rechten, soweit sie noch in der Partei sind — die Brandier-Gruppe außerhalb der

Partei —, die predigen Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Kurs, „Einheitsfront“ mit der SPD. Die Versöhler haben in ihrer Plattform vom 20. Januar als „das Charakteristische an der gegenwärtigen Situation“ erkannt,

„daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorbereiten weder mit faschistischen noch mit bittatorischen Methoden, sondern in enger Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzuführen bestrebt ist.“

Diese „Erkenntnis“ der Versöhler — wenn sie von der Partei übernommen würde — müßte folgerichtig zur Auflösung der Partei, zur vollständigen Desorganisation des Proletariats und damit zur schmachvollen Niederlage gegenüber der dann um so rücksichtsloser

vorstehenden faschistischen Reaktion führen — zur lampflosen Kapitulation.

Indem die Partei die faschistische Gefahr und die Entwicklung des sozialimperialistischen Reformismus zum Sozialfaschismus schnell fesselt, den Kampf dagegen aufnimmt, den Kampf am 1. Mai, die Durchführung der Betriebsratwahlen, die Vorbereitung der Weltfaschistenkampfe unter diesem Gesichtspunkt geschlossen, energischer und härter organisiert, bereitet sie eine neue Phase der Entwicklung im Klassenkampf in Deutschland und des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die Bedrohung des Sozialismus vor den Übergang zu großen Massenkämpfen unter unmittelbarer Führung der Partei. Je klarer, geschlossen und härter wir kämpfen, um je sicherer und größer wird der Erfolg sein.

Der Justizskandal bestätigt!

Der Diebstahl-Mörder ist preussischer Referendar — Auch Staatsanwalt Ortman hat die Mörder begünstigt

In der Sonnabend-Verhandlung des Jorns-Prozesses wurde Niepmann als Zeuge vorgeführt. Man hat ihn zufällig in der Nähe des Kriminalgerichts in einem Café angetroffen und dort festgehalten, bis der Wachtmeister ihn zur Vernehmung holte. Niepmann versuchte, seine fetteren Geständnisse zu entkräften und sich als unschuldig hinzustellen. Das ist vergebens. Niepmann hat nach seinem eigenen Bekenntnis an der Ermordung Karl Diebstahls teilgenommen!

Und dieser der Teilnahme am Mord überführte Niepmann ist Referendar im preussischen Justizdienst, wird mit Wissen des preussischen Justizministeriums bei den Potsdamer Gerichten beschäftigt, soll als Richter oder Staatsanwalt auf dieselben Arbeiter losgelassen werden, deren Führer er erschließen half!

Wir klagen die preussische Justiz dieses schmachvollen Verbrechens an! Wir klagen die preussische Regierung der Duldung dieser Justizschande an! Die Braun-Ordnung und Kampantel mögen sich veranworten!

Herr Jorns, dessen Urteil wir längst gesprochen haben, versucht sich in dem gegenwärtigen Prozeß hinter seinen Staatsanwalt Ort-

mann von der zivilen Justizbehörde zu verstecken, der seine Maßnahmen gebilligt und gefördert habe. Herr Jorns mag in diesem Punkte die Wahrheit sprechen. Wir glauben es gerne. Es ist nicht nur die Militärgerichtsbarkeit, auf deren sumpfigem Boden jener Justizskandal Jorns erwachsen konnte. Es ist zugleich und ebenso sehr die übrige Justiz der Republik, gegen die wir unsere Anklage richten. Wir sprechen es offen aus:

Staatsanwalt Ortman war ebenso schuldig wie Jorns. Staatsanwalt Ortman hat auch die Ausbedung des Mordes zu hindern versucht. Staatsanwalt Ortman hat teilgenommen an der Begünstigung des Mordes, an der Verhinderung des Verbrechens. Auch Staatsanwalt Ortman gehört auf die Anklagebank!

Wir wissen es wohl: Nicht ein bürgerliches Massengericht, nicht die bürgerliche Republik können diesen ganzen Justizskandal aufräumen. Aber wir sagen es offen: Die streikende Arbeiterklasse wird bereitwillig Verzicht halten!

Aufruf des Berliner Mai-Komitees

Das zentrale Mai-Komitee von Groß-Berlin hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Aufruf des Mai-Komitees an die Berliner Arbeiterklasse beschlossen wurde. Die kommunistische Arbeiterklasse hat im Preussischen Landtag und im Berliner Stadtparlament alle Schritte eingeleitet, um, gestützt auf den Druck der Massen, die Aufhebung des Demonstrationsverbots herbeizuführen. In der Sitzung des Mai-Komitees wurde darauf hingewiesen, daß — da eine formelle Erklärung des Ausnahmezustandes auf Grund des § 48 seitens des Reichspräsidenten nicht erfolgt ist — ein solches dauerndes Verbot, wie das Jörgiebels, überhaupt auch formell gescheitert ist, worüber sowohl das preussische Innenministerium, wie das Polizeipräsidium sich völlig im Klaren sind. Die Verantwortung, wenn es am 1. Mai durch die Methoden eines Jörgiebel zu Zusammenstößen in Berlin kommt, fällt voll und ganz auf Jörgiebel und seine Partei, die SPD, wie auf die übrigen Koalitionsparteien. Der Aufruf des Mai-Komitees wendet sich an die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes in Berlin:

„Die Jahre sind vorüber, in denen das deutsche Proletariat sich gegenüber dem Kapitalismus in der Verteidigung befand, in denen der Kampfwille in den Betrieben geschwächt und gelähmt erschien. Es geht wieder vorwärts, die Arbeiterklasse marschieren!“

Aber nicht nur auf der Seite des Proletariats wachsen die Klassenkräfte, auch bei den Feinden der Arbeiterklasse verschärft sich der Wille zur Reaktion, um den Weg freizumachen für die Politik des Krieges und des Hungers. Auf der ganzen Linie vollzieht sich die realtönäre Offensive gegen das Proletariat. Eine solche Politik führt auf den Widerstand der Arbeiterklasse.

Die Berliner Arbeiterklasse steht im Brennpunkt des Kampfes. Gegen sie richten sich in allererster Linie die Angriffe der Reaktion. In Berlin ist es der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel, der mit seinem Demonstrationsverbot den Berliner Arbeitern das Recht auf die Straße, die Versammlungsfreiheit unter freiem Himmel, zu rauben versucht. Jörgiebel schreit auch nicht davor zurück, der Arbeiterklasse sogar das Recht auf den Kampfaufmarsch am 1. Mai freitig zu machen! Was kein Jagow, kein

Polizeipräsident der wilhelminischen Ära zuzuge brachte oder auch nur wagte, Jörgiebel will es versuchen. Er wird sich täuschen! Die Berliner Arbeiter lassen sich ihr Recht auf die 1. Mai-Demonstration nicht freitig machen. Straße frei am 1. Mai! Der Kampfaufmarsch der Berliner Arbeiter am 1. Mai, er gilt der Schaffung der einheitlichen und geschlossenen proletarischen Front gegen die Feinde der Arbeiterklasse! Wenn Jörgiebel es wagt, am 1. Mai Zusammenstöße zu provozieren und Arbeiterblut zu vergießen, dann antwortet am 2. Mai mit dem Massenstreik!“

Die Berliner Arbeiter lassen sich die Straße nicht nehmen. Das bewiesen die Kundgebungen der Wedding- und Neuköllner Proletarier Freitagabend. Durch zahlreiche Straßen des Wedding bewegte sich ein großer Arbeiterumzug, der aus den Häusern mit Begrüßungsrufen überschüttet wurde. Keinen Befehl der Schutzpolizei ihn zu sehen, da flogen schon die Gummiknüttel. Als nun gar einige verwilderte Polizeielemente noch ihre Revolver zogen, um wehrlose Menschen niederzuhalten, wurden ihnen die Schießereien abgenommen und dadurch ein Mißbehindern.

In der Umgegend des Neuköllner Wasserturms fanden sich ebenfalls Freitagabend weit über 1000 Neuköllner Arbeiter zu einer großen Platzkundgebung zusammen, die eine Musikpelle mit dem Spiel der „Internationale“ eröffnete. Ein Arbeiter sprach gegen das Jörgiebel-Verbot und proklamierte unter stürmischem Beifall die Freiheit der Straße am 1. Mai. In Achterreihen marschierend, zogen die Versammelten, die schnell starken Bezug bekamen, zur Bergstraße. Schon riefen Polizeianten heran, deren Insassen die Massen auseinanderzuschlagen versuchten, ohne verhindern zu können, daß sich die Arbeiter immer wieder zusammenfanden und in Schreie auf die kommunistische Partei und die Mai-Demonstration ausbrachen.

Eine eindrucksvolle Straßendemonstration veranstalteten weiterhin auch die Lichtenberger Arbeiter. Auch hier führte die Polizei Zusammenstöße herbei und nahm Verhaftungen vor.

Eisenbahner fordern Kampf

Die bürgerliche II. meldet aus Hamburg: Die Ortsgruppe Groß-Hamburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm in einer sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung Stellung zur Lohnbewegung. Es wurde eine Entschloßung angenommen, in der daran erinnert wird, daß die Eisenbahner Hamburgs bereits im Herbst 1928 eine Lohnerhöhung verlangt hätten. Diese Forderung sei jedoch im Interesse der Allgemeinheit (?) zurückgestellt worden. Die Ortsgruppe ermahnt jedoch in Anbetracht der augenblicklichen Wirtschaftslage die Notwendigkeit zur baldigen Durchführung der Forderungen zurzeit dringender denn je. Ferner wird die Einführung eines für alle Lohnempfänger gleich hohen Ortszuschlages und damit die Überführung in das Wirtschaftsgebiet 3 verlangt. Am Schluß der Entschloßung heißt es wörtlich: „Die Mitglieder erklären ausdrücklich, daß sie geschlossen bereit sind für alle Kampfmaßnahmen des Hauptverbandes und seinen etwaigen Anweisungen so schnell wie möglich folgen werden.“

Eisenbahner, nicht auf den Hauptverband warten, heißt die Parole, sondern selbst den Kampf organisieren und in den Streit treten!

Rühner Ausbruch aus dem Breslauer Strafgefängnis

Der Entschloßene wieder eingeschlossen. In der Nacht zum 25. März entflohen der zu acht Jahren Gefängnis verurteilte 27-jährige Straßburger Oskar Dreßler aus dem Breslauer Strafgefängnis, wo er noch sechs Jahre abzupfeifen hatte. Nachdem er die Gittertür vor seinem Zellenfenster durchsägt hatte, ließ er sich aus dem vierten Stock mittels eines nur zwei Meter langen Seiles und eines eisernen Hakens in den Hof hinab. Sein halbtrockenes Beinchen glänzte ihm, und er erreichte die Freiheit. Allerdings konnte er sich ihr nicht lange erfreuen, denn im Gefängnis wurde er wieder verhaftet. Die Polizei hatte veranlassen, daß er sich in der Segen-Rathausstraße-Water-

looplag aufhalte. Sie umstellte darauf dieses Viertel mit Beamten und konnte Dreßler wieder einfangen.

Die Universität Barcelona ist wegen Studentenunruhen am Sonnabend geschlossen worden.

Die Eltern ermordet und sich selbst erhängt

II. Oldenburg, 21. April. Am Sonnabendabend ereignete sich in Dreebörke eine graufige Mordtat. Ein schwachmünniger Bauernsohn erschlug mit der Axt seine Eltern und erhängte sich dann. Am Abend fand der nach Hause zurückkehrende Sohn Gerhard Rehl die Mutter mit einer sehr schweren Kopfverletzung auf der Diele, den Vater ebenfalls mit sehr schweren Kopfverletzungen vor dem Hause liegen. Im ganzen wiesen die Leichen etwa acht Verletzungen auf, und bei beiden war der Kopf fast vom Rumpf getrennt. Die Polizei fand den Mörder auf dem Hausboden fast unbefehet erhängt auf. Nach den amtlichen Feststellungen hatte Heinrich Rehl sich nach der Tat zuerst ins Bett gelegt, war später aufgefunden und hatte sich dann erhängt. Unmittelbarer Anlaß zur Tat war anscheinend ein Wortwechsel zwischen Mutter und Sohn.

Ein vermisstes Flugzeug in der Wüste aufgefunden. II. London. Das Flugzeug des auf der Suche nach den England-Australien-Fliegern vor etwa 10 Tagen verschwundenen Deutnants Andersen ist nach Berichten aus Melbourne in der Wüste, 150 Kilometer von Powell's Creek entfernt, aufgefunden worden. Der erfindende Flieger sah unter dem Flugzeug einen menschlichen Körper liegen. Er warf einen Fallschirm mit Wasser ab. Da sich der menschliche Körper nicht bewegte, nimmt man an, daß Andersen tot ist. Morgen werden fünf Flugzeuge nach der Fundstelle ausgesandt werden.

Sexualmord: Für den politischen Zeit Actur Dombrowski, für „Betrieb und Betrieb“ im „Waldenburger“ (Waldenburger) für „Waldenburger“ und die höchsten Stellen Alfred Schmidt, sämtlich in Breslau. — Für den obersten Zeit Georg Paris in Gubenburg. — Für Justizrat H. Reber-Recklin.

Es muß es gemacht werden!

Grünberger Arbeiterboxer bei den ausgeschlossenen Berlinern

Sozialdemokratische Arbeiterboxer protestieren gegen das Spaltungsverbrechen des Bundesvorstandes

Trotz der Ausschlußdrohungen des Bundesvorstandes lassen sich die Arbeiter-Athleten nicht davon abbringen, die sportlichen Beziehungen zu den ausgeschlossenen Berliner Sportgenossen aufrecht zu erhalten.

daß der Bund im Interesse der Politik der Sozialfaschisten zerfallen wird. Nachstehend der Bericht vom Boxabend.

Curich-Berlin - Siegfried Grünberg 7:3.

Der Abend wurde durch drei Kämpfe zwischen „Curich“ Berlin und „Berolina“ Neutolin eingeleitet. Dann betraten die Grünberger, vom Publikum stürmisch begrüßt, den Ring.

„Der für die Einheit des Arbeiter-Athleten-Bundes sei, der muß gegen den Kurs des Bundesvorstandes Front machen.“

Ein alter, politisch nicht organisierter Sportgenosse meint: „Wenn Gellert den Arbeiter-Athleten-Bund als noch „nicht reif“ für die Aufnahme in den Turn- und Sportbund bezeichnet, so bedeutet das nichts weiter als, die revolutionären Genossen müssen erst entlernt werden, dann wird der Bund aufgenommen werden.“

Sport vom Sonntag

Fußball

Wie vorausgesagt, waren die Spiele des Sonntags äußerst spannend und brachten mit ganz geringen Ausnahmen nur sehr knappe Resultate. Ganz knapp verlor der Kreismeister gegen Union.

Union I. - Sturm I 2:1

Was ist mit dem Kreismeister los? Diese Frage legt man sich vor, wenn man die letzten Niederlagen des Meisters betrachtet. Union eröffnet das Spiel. Schnelles Tempo, gutes Verstehen untereinander sind die Merkmale.

Freiheit I - Deis I 1:1

Zwei gleichwertige Gegner standen sich auf der Gröschelwiese im fälligen Serienpiel gegenüber. Deis hat Anstoß. Ein offenes Spiel kommt in Gang. Es will nichts gelingen.

Freie Sportfreunde I - Brattslawia I 1:0

Ein scharfes Spiel, das zeitweilig die Grenzen des Erlaubten hart streifte, bekamen die zahlreich erschienenen Zuschauer aus der Bantholzweise zu sehen.

Einigkeit I - FSB I 0:1

Wiederum mußte Einigkeit zwei äußerst wertvolle Punkte abgeben, die, wenn die Mannschaft gegebene Situationen auszunutzen verstanden hätte, bestimmt eingetieft worden wären.

BfR I - Rapid I 10:0

Eine etwas sehr einseitige Angelegenheit war obiges Spiel in Sambau. Bis Halbzeit konnte BfR, gegen den Wind spielend, sechs Tore vorlegen.

Dswig I - West I 1:0

Den harten Wind als Bundesgenossen im Rücken eröffnet West den Kampf gegen Dswig. Die Dswiger, die ihren Mittelstürmer durch Verletzung verlieren, müssen das ganze Spiel mit zehn Mann durchhalten.

Sparta I - Trebnitz I 4:3

Nach langer Zeit kam Sparta endlich zu zwei so notwendigen Punkten. Sparta, gegen den Wind spielend, erzwang ein offenes Spiel, kann aber nicht verhindern, daß Trebnitz 1:0 in Führung geht.

ist es Trebnitz möglich, das Ausgleichstor zu schießen. Kurz vor Schluß jedoch ist es wieder der Halblinke Spartas, der seiner Mannschaft durch gutes Erfassen vor dem Tor den vierten Erfolg und damit Sieg und Punkte sichert.

1924 I - Hundsfeld I 3:0

Von Anfang an sah man eine leichte Ueberlegenheit der 1924er. Durch besseres Zusammenpielen ist es möglich, bis Halbzeit eine 2:0-Führung festzustellen.

Wader I - Herrmannsdorf I 4:1 (1:0)

Mit Anstoß des Ueberwachungsrichters vom letzten Sonntag entwickelt sich im Eichenpark ein flottes Spiel. Bei einem gut eingeleiteten Angriff der Grün-Weißen gelang es dem Mittelstürmer, den Führungstreffer zu erzielen.

Hertha I - Stern I 2:1 (0:1)

Das mit großer Spannung erwartete Serienpiel obiger Mannschaften hatte eine zahlreiche Zuschauermenge nach dem Herthaplatz gegogen. Knapp, aber verdient, gewann Hertha. Der starke Wind und gute Vormannschaftsleistungen auf beiden Seiten, verhinderten zunächst Erfolge.

Flegels Größenwahnsinn

Er schließt den ganzen Arbeiter-Schützenbund aus

Der Arbeiter-Schützenbund mit seinen etwa 5000 Mitgliedern wird durch den Bundesvorsitzenden Flegel, einem der getreuen Knechte des Oberpalsters Bildung, systematisch zer schlagen.

„Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Sonntag vom 17. März in Rassel von mir aufgelöst werden mußte wegen Nichterhaltung der Bundesbestimmungen.“

Herttha, der eine steile Parallele nach dem Stern-Tore jagt. Allschnell ist Halblinks nachgesetzt, und unter dem Jubel der Zuschauer sendet er unfaßbar zum 2:1 ein.

Weitere Resultate:

- Fr. Sportfreunde II - Brattslawia II: 3:0
Freiheit II - Deis II: 0:6
Dswig II - West II: 1:5
Hertha II - Stern II: 1:4
1921 I - FSB: 28 I: 10:0
BfR I - Bernstadt I: 8:1
Südbot I - Strehlen I: 2:1
Sturm II - Union II: 1:3
Fr. Sportfreunde III - Südbot III: 1:0
Sturm III - BfR III: 1:0
Südbot III - Sparta III: 1:3
Jugendmannschaften:
Dswig I. - Freiheit I: 3:0
BfR I. - Sportfreunde I: 7:0
Südbot I. - St. Aders I: 0:2
Südbot 2. - Union 2: 1:0

Handball

Kein Sonntag vergeht ohne Ueberraschungen. Im Eigenpart konnte die 2. Abteilung der 7. Abteilung eine knappe Niederlage bereiten. Schon in den ersten Minuten gelang es der 2. Abteilung, durch blitzschnelles Zuspielen das einzige Tor zu schießen.

Internationales Fußballtreffen in Breslau

Wie die Vereinsleitung des im Breslauer Arbeitersport bekannten Vereins für Leibesübungen mitteilt, stehen die Verhandlungen mit dem Wiener Arbeitersportverein BSK Austria im vollen Gange.

Arbeiter-Radsportverein. Der zweite Lauf der Wintermeisterschaft wurde am 16. April in der Ritschle Schule auf Rollen ausgefahren. In der A-Klasse über 3000 Meter konnten Benisch und Hofreiter den ersten Platz belegen.

Arbeiter-Athleten-Bund. 1. Bezirk. Montag, 19 Uhr, Turnhalle Liegnitzer Schule, Gewichtsübung zum „Katt“. Jeder technische Leiter muß erscheinen.

Sportvereinigung 1897. Dienstag 19 Uhr bei Melzig erweiterte Vorstandssitzung. Sonnabend, 27. April, 18.30 Uhr in „Beiföhrs Gaststätte“, Malergasse, Bolibersammlung.

Adressenänderung. Die Geschäftsstelle des Arbeiter-Sportklubs wird heute Montag nach Friedrich-Wilhelm-Strasse 45 verlegt. Bis Mittwoch, den 24. April, ist die Geschäftsstelle geschlossen.

Reichenbach. Am Sonntag waren die Straßenfahrwarte hiesigen Bezirks zu einer Sitzung eingeladen. 12 Ortsgruppen waren vertreten, 6 glänzten durch Abwesenheit.

Gruppen beschlossen, korporativ an dem Rot-Front-Treffen in Hamburg teilzunehmen. Diese Beteiligung... wird hiermit unterjagt.

Diese Anweisungen und ihre Form erwecken den Anschein, als ob Flegel sehr viel die Ausschreibungen „Wilhelm des Gekürzten“ aufmerksam studiert hat. Die Beschlüsse des Bundesvorstandes sprechen von einem Größenwahnsinn, der nicht mehr zu überbieten ist.

Dies jetzt haben bereits fast alle „abgelehnten“ und „ausgeschlossenen“ Funktionäre und Mitglieder erklärt, sich noch weiter als Mitglieder des Arbeiter-Schützenbundes zu fühlen, sie denken im Einverständnis mit ihren Ortsgruppen und Gauen nicht daran, sich dem Diktat des Flegel - der den Namen mit Recht trägt - zu fügen. Richtig so!

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Sozialdemokratie mit Deutschnationalen für Besteuerung der Konsumvereine

Bei der Beratung der Gewerbetreibenden im Preussischen Landtag hat die SPD. gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien den von der SPD. eingebrachten Antrag, durch den die Genossenschaften von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit werden sollten, abgelehnt. Vorher hatte die SPD. auch bereits im Hauptsaal des Landtages diesen Antrag abgelehnt.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thiele berichtet in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 12, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei im Landtag den Versuch machten, Sonderbesteuerungsbestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, indem auch der sogenannte Kundengewinn, soweit dieser 5 Prozent übersteigt, bei den Konsumvereinen versteuert werden sollte. Thiele beschweigt schamhaft das Verhalten der preussischen Landtagsfraktion im Hauptsaal und bei der zweiten Lesung im Plenum.

Bekanntlich ist bei dem von Hilferding dem Reichstag unterbreiteten Steuervereinfachungsgesetz eine Heranziehung der Genossenschaften zur Zahlung der Gewerbesteuer vorgesehen. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat aus sozialdemokratischen Koalitionsrücksichten die Verantwortung für diese Tat der Bürgerblockregierung aufwälzen wollen und „Hoffnung“ auf die jetzige Koalitionsregierung und den neuen Reichstag gesetzt. Das Ganze war zwar nur ein tatsächliches Manöver zur Rettung der sozialdemokratischen Minister, denn die Genossenschaftsbürokratie wußte genau, daß für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer die sozialdemokratischen Minister mit den Ministern der bürgerlichen Parteien der jetzigen Regierung gemeinsam verantwortlich sind. Der Sozialdemokrat Fleißner hatte sofort in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ den Rückzug angetreten und die Regelung der Gewerbesteuerfrage den einzelnen Ländern überlassen wollen. Nun aber entschied sich die „Musterkoalitionsregierung“ Preußens auch in diesem Jahre wieder für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer.

Als 1922 die SPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer im Reichstag ablehnte, schrieb der Redakteur der „Rundschau“, August Kalk, folgendes:

„Man hat die Genossenschaften kurzerhand geopfert — im Walle sagt man minder höflich: verraten und verkauft — weil sonst die politischen Vertreter der Handels- und Gewerbetreibenden das ganze Steuerkompromiß hätten weitern lassen.“

Damals wagte die Genossenschaftsbürokratie einen Scheitern gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, und Kalk schrieb offen, daß aus Koalitionsrücksichten die Interessen der Genossenschaften „verraten und verkauft“ worden sind. Jetzt hat die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ nicht einmal ihre Mitglieder über das Verhalten der SPD. im Preussischen Landtag in der Gewerbesteuerfrage informiert. Die reformistische Bürokratie hat viel offener als noch vor Jahren die Genossenschaften den Koalitionsinteressen unterordnet.

In der am 24. März stattgefundenen Vertreterversammlung des Konsumvereins Remscheid ist bereits eine Protestentscheidung gegen das Verhalten der Koalitionsregierung in der Frage der Gewerbesteuer angenommen. Überall müssen jetzt die proletarischen Mitglieder sich gegen diesen neuen Schandstreich der

preussischen Landtagsfraktion der SPD. und gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung wenden. Der Kampf muß nicht nur geführt werden für die Befreiung der Genossenschaften von der Gewerbe- und Umsatzsteuer, sondern auch gegen die neuen Steuer- und Zollpläne der Koalitionsregierung, für die Beseitigung bzw. Herabsetzung der Verbrauchs- und Lohnsteuern und die stärkere Heranziehung der besitzenden Schichten für die Zahlung der Steuern.

Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen

Von der Erwerbslosigkeit ist eine Millionenarmee betroffen, von der beträchtliche Teile ohne jegliche Unterstützung sind und andere nur eine äußerst kärgliche Unterstützung erhalten. Die Arbeitergenossenschaften können sich als proletarische Klassenorganisation nicht über diese Millionenarmee hinwegsetzen und dem üblichen Gerede über die angebliche politische „Neutralität“ der Genossenschaften. Die Konsumvereine beschränken sich zur Zeit vollständig auf eigene minimale Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen. So hat z. B. der Konsumverein Gera keinen erwerbslosen Mitgliedern eine Lebensmittelhilfe im Werte von 3,- Mark gewährt. Eine größere Anzahl Konsumvereine haben in ähnlicher Weise eigene Unterstützungen durchgeführt. Natürlich sind die von den Konsumvereinen an ihre erwerbslosen Mitglieder gewährten Unterstützungen nur äußerst unzulänglich und nicht ausreichend, die ungeheure Notlage der Erwerbslosen zu mindern. Die Gelder, die die Genossenschaft für die Unterstützungsmaßnahmen an die Erwerbslosen verwenden, werden von der Arbeiterschaft selber aufgebracht. Es ist deshalb unmöglich, daß die Konsumgenossenschaften ihre Aufgaben im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit mit diesen eigenen Unterstützungsmaßnahmen als erledigt betrachten können. Wir sind für den Ausbau der genossenschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen an die Erwerbslosen im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine. Was aber tun die reformistischen Führer für die Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen? Sie rühren keinen Finger. Die Genossenschaften müssen in erster Linie sich an dem Kampf für die Durchsetzung der Forderung der Erwerbslosen beteiligen. Auch sollen die Gemeinden den Konsumvereinen die Auslieferung der Sachleistungen übertragen, die sie den Erwerbslosen von Zeit zu Zeit zur Verfügung stellen. In allen Veranstaltungen gilt es die Genossenschaftsmitglieder für die Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen zu gewinnen.

Ausbau der Instanzenbittatur in Genossenschaften

Wo der Einfluß der proletarischen Opposition in den Massenorganisationen wächst, versuchen die reformistischen Führer ihre Instanzen auszubauen, um die sozialdemokratische Parteiherrschaft in den Organisationen aufrecht zu erhalten. Auch in den Arbeitergenossenschaften arbeitet die SPD. in dieser Weise. In der Konsumgenossenschaft Berlin, wo nur die gewünschte Dreiviertelmehrheit für die Generalversammlung durch die Ungültigkeitserklärung aller Vorschlagslisten der Opposition erreicht werden konnte, hat die reformistische Bürokratie jetzt eine Reihe beträchtlicher Statutenänderungen in Aussicht genommen. In der am 25. März stattgefundenen sozialdemokratischen Funktionärerversammlung, die sich als „Generalversammlung“ bezeichnete, wurde „beschlossen“, daß die Wahl der Delegierten nicht mehr wie bisher jährlich, sondern nur noch alle 3 Jahre stattfinden soll. Eine weitere Statutenänderung verlangt, daß die Kandidaten für die Delegiertenwahlen der Genossenschaft mindestens 3 Jahre angehören, in den letzten beiden Jahren den Durchschnittsumsatz erreicht und den Geschäftsanteil voll eingezahlt haben müssen. Bisher war die Kandidatur an keinerlei Voraussetzungen gebunden. Auch für die Aufstellung der Vorschlagslisten ist eine Änderung dahingehend festgelegt, daß die Listen von mindestens 10 Genossen unterschrieben sein müssen, die der Genossenschaft mindestens 2 Jahre angehören, den Durch-

In den Arbeiterkämpfen müssen die Konsumgenossenschaften proletarische Klassensolidarität

üben. Kämpft in Genossenschaften und Gewerkschaften für die genossenschaftliche Unterstützung der nächsten Wirtschaftskämpfe.

schnittsumsatz erreicht haben und über die Hälfte des Geschäftsanteils eingezahlt haben müssen. Das sind nur einige der einschneidenden Änderungen des Statuts.

Die reformistische Bürokratie teilt damit die Mitglieder in zwei Klassen ein, und die wirtschaftlich schlecht gestellten Schichten werden benachteiligt. Die Statutenänderung ist ein Beweis für den schwindenden Einfluß der Reformisten in der Mitgliedschaft. Die Reformisten versuchen mit diesen Mitteln die revolutionäre Arbeit der Opposition zu hemmen. Die Mitglieder des Kampfes nicht nur gegen die sozialdemokratische Parteipolitik in der Genossenschaft weiterzuführen, sondern auch für den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder und die Einreichung der Genossenschaft in die revolutionäre Kampffront.

Genossenschaftsbürokratie für Ausnahmebestimmungen gegen Konsumvereine

Nach monatelangem Schweigen beschäftigt sich die reformistische Genossenschaftsbürokratie in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 13 mit den von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Anträgen für die Genossenschaften, die als „ein weiteres Glied in der langen Kette der gewissenlosen russowirtschaftlichen Bemühungen... die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung unter allen Umständen zu schädigen“ betrachtet werden.

Was ist geschehen? Die kommunistische Fraktion hat in einem Antrag an den Reichstag verlangt, daß, solange die Lebensmittel- und Industriezölle nicht vollständig beseitigt bzw. herabgesetzt sind, den Konsumvereinen des deutschen Zentralverbandes und des Reichsverbandes bzw. deren Großverkaufs-gesellschaftlichen Zollefreiheit für die Einfuhr von Waren aus dem Ausland gewährt werden soll. Diese Forderung wird als eine „Ausnahmeforderung“ betrachtet, die nicht einmal „rechtmäßig begründet“ werden könne. Die Anerkennung der kapitalistischen Klassengesetze durch die reformistischen Genossenschaftsführer geht so weit, daß sie es sogar ablehnen, im Interesse der Arbeiterschaft gelegene Forderungen aufzustellen. Dabei schreiben diese Reformisten täglich über die Belastung der Genossenschaften mit Umsatz- und Gewerbesteuern durch den Klassenhaß, die sich „rechtmäßig“ natürlich nicht rechtfertigen läßt. Dabei wissen die reformistischen Laternen, daß die Bourgeoisie die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und alle Notwendigkeiten der Kapitalistenklasse „jederzeit rechtmäßig“ begründen kann. Die Genossenschaftsbürokratie erklärt, daß den politischen Parteien so die „Willensurteilungen“ der Konsumvereine in der Zollfrage bekannt seien. Daß die Genossenschaften selber Maßnahmen zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen den Zollwucher unternehmen müssen, auf diesen „Gedanken“ kommt die reformistische Bürokratie nicht einmal.

Ebenso wenden sich die reformistischen Führer gegen eine Aufhebung des gesetzlichen Verkaufsverbots der Warenabgabe an Nichtmitglieder. Dieser Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wird als eine „freiwillige Unterstützung des Mittelstandes“ betrachtet. Die reformistische Bürokratie ruft wohl nach dem Staatsanwalt, der die Kleinrentner verurteilen soll, wenn von einzelnen Kleinrentnern diese Bestimmung des Ge-

nosenschaftsgesetzes gegen die Konsumvereine mißbraucht wird. Diese Reformisten begreifen nicht, daß erst mit der Beseitigung dieser Ausnahmebestimmung ein Mißbrauch gegen die Konsumvereine unmöglich gemacht wird und es den Genossenschaften auch dann selbst überlassen bleibt jederzeit zu entscheiden, ob eine Warenabgabe auch an Nichtmitglieder erfolgen soll.

Natürlich müssen sich die reformistischen Bürokraten auch gegen die geforderte Beseitigung der politischen Ausnahmebestimmungen gegen die Genossenschaften im Genossenschaftsgesetz wenden. Die Reformisten müßten nicht zu Verrätern an den proletarischen Klasseninteressen geworden sein, wenn sie das nicht tun würden. Die Beseitigung dieser Ausnahmebestimmungen betrachtet die Bürokratie als eine schwere „Schädigung, wenn nicht Zerstörung und Vernichtung der Konsumgenossenschaftsbewegung“. Die Bürokratie erklärt auch frei und offen, wozu sie diese Bestimmungen im Genossenschaftsgesetz braucht. Wenn nicht alle Genossenschaften ihre proletarischen Klassenpflichten preisgeben, dann ist „die gesetzliche Beschränkung verhältnismäßig und notwendig“. Denn wenn die Macht der reformistischen Bürokratie gegen die Konsumvereine nicht ausreicht, dann kann sie den kapitalistischen Klassenhaß zu Hilfe rufen, um ihn gegen solche Genossenschaften einschleichen zu lassen und ihre Auflösung zu betreiben. Die reformistische Bürokratie hat ja schon in vielen Fällen mit der Klassenjustiz gedroht und sich nicht scheut, Klassengerichte auf proletarisch geleitete Konsumvereine direkt aufmerksam zu machen.

Die Bürokratie hat nur vergessen, ihre Stellung zu diesen Anträgen zu begründen. In allen Massenorganisationen dürfen die reformistischen Führer der sozialdemokratischen Koalitions-politik keine Schwierigkeiten machen. Die reformistischen Führer in Hamburg wissen, daß Hilferding, Severing und Wissel für diese Anträge nicht eintreten dürfen und deshalb unterordnen sie die Genossenschaften den sozialdemokratischen Koalitionsinteressen.

Die Mitglieder der Konsumvereine haben durch dieses offene Eingeständnis der reformistischen Bürokratie wieder erneut gesehen, wie die proletarischen Klasseninteressen der Mitglieder preisgegeben und die Konsumvereine zu sozialdemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Genossenschaftliche Rundschau

Fortschritte der Oppositionsarbeit in Genu. Durch die Ultraisten (Maslowien) ist die frühere kommunistische Mehrheit der Verwaltung des Konsumvereins Genu an die SPD. ausgeliefert worden. Die revolutionäre Oppositionsarbeit im Konsumverein hat seitdem gute Fortschritte gemacht. Bei dem im März stattgefundenen Wahlen der Delegierten zur Vertreterversammlung hat die SPD. 25 Vertreter gewonnen und die SPD. 31 Vertreter verloren. Bei der Wahl 1928 hatten die Ultraisten und die SPD. zusammen 121 und die Opposition nur 29 Vertreter, während sich jetzt die Vertreterversammlung aus 54 Vertretern der Opposition und nur noch 91 Vertretern der SPD. zusammensetzt.

Als Tages-Spieler in Bochum. In dem Konsumverein Bochum, in dem der bekannte Volkswirtschaftler Friedrich Reichert Führer war, mußte vor einiger Zeit der Müllererbeiter Stieger fastlos entlassen werden. Dieser „nette“ SPD.-Bonzé hatte große Verschwendungen begangen und der Genossenschaft beträchtliche Schäden zugefügt. Die der Genossenschaft gezahlten Gelder hat Stieger in zweifelhafter Gesellschaft in Bars und Vorkonten verprakt. In Bochum geht das Gerücht umher, daß Stieger mit Hilfe seines Freundes Friedrich in einem Betrieb der Genu. untergebracht werden soll.

„Bemüht“ sozialdemokratische „Genossenschaftler“ gegen Berühmtheitspolitik. Der Konsumverein Halle betreibt zurzeit eine intensive Konzentrationspolitik. In letzter Zeit hat bereits der Konsumverein Leipzig seine Verschmelzung mit Halle beschlossen. Die Verschmelzung einer Reihe anderer Konsumvereine wie Pörschke, Ammerdal, Gleßen, Petzin, Zwickau usw. mit Halle steht bevor. Die sozialdemokratische Verwaltung des Mitteldeutschen Revisionverbandes in Magdeburg hat diesem Verschmelzungsplan ihre Zustimmung gegeben. Das interessiert aber das sozialdemokratische „Vollblatt“ in Halle nicht. Mit besonderer Freude wird ein Bericht über die Generalversammlung des Konsumvereins Dresden-Zwickau kommentiert, der die Verschmelzung mit Halle ablehnt. Dafür haben die Redakteure seit Jahren keinen Plenum-Ansatz in der Genossenschaft gehabt. So sehen die von der reformistischen Genossenschaftsbürokratie gepriesenen „bewährten Genossenschaftler“ aus.

Neue Ausstöße in Weihenstephan. Nachdem die sozialdemokratische Bürokratie des Konsumvereins Weihenstephan bereits drei Kommunisten aus der Genossenschaft ausgeschlossen hatte, sind jetzt weitere zwei Mitglieder ausgeschlossen worden. Die sozialdemokratische Clique glaubt mit solchen Methoden die Verwaltung der Genossenschaft in ihren Händen zu behalten. Die Protestbewegung der Mitglieder gegen die sozialdemokratischen Parteiherrschaft wächst häufig.

Die Sowjetgenossenschaften auf dem Balkan. Der von den russischen Konsumgenossenschaften des Zentralsowjet betriebe-Rückerhandel erzielte im Jahre 1928 einen beträchtlichen Aufschwung. Neben einer Reihe selbstständiger Buchhandlungen wird der größte Teil der Bücher in besonderen Buchhandlungen der Konsumvereine auf dem Wege der „Kauf“ im Oktober 1928 waren insgesamt 229 Buchläden beim Rückerhandlungen in

den Konsumvereinen vorhanden. Bis zum Oktober 1929 sollen weitere 563 Buchläden beim Rückerhandlungen errichtet werden, so daß dann insgesamt etwa 12.000 vorhanden sind.

Ausbau der Handelsbeziehungen der englischen mit den russischen Genossenschaften. Die reformistischen Führer der englischen Genossenschaften erlauben früher als die reformistischen Führer der anderen Länder die Vorteile, die die Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften ihnen bringen. Schon im Jahre 1922 wurden die Handelsbeziehungen der englischen mit den russischen Genossenschaften aufgenommen. Von 1922 bis 1927 erreichten die Umsätze den Betrag von etwa 70 Millionen Mark während im Jahre 1928 der Umsatz allein etwa 30 Millionen Mark betrug. Die Handelsbeziehungen der englischen mit russischen Genossenschaften erreichten bisher also einen Betrag von über 100 Millionen Mark. Im Jahre 1928 haben die Sowjetgenossenschaften Einkäufe bei den englischen Genossenschaften im Betrage von etwa 20 Millionen Mark getätigt. Die russische Summe entspricht auf Einkäufe der englischen Genossenschaften bei den Sowjetgenossenschaften. Bei den Einkäufen werden die Sowjetgenossenschaften die Beträge gewöhnlich bis

zu 90 Prozent kreditiert, und zwar auf die Dauer von 6 bis 9 Monaten je nach der Art der eingekauften Waren.

Auch Ausbau der Handelsbeziehungen der österreichischen und russischen Genossenschaften. Der „Freie Genossenschaftler“ vom 1. März, das Organ des Verbandes österreichischer Konsumvereine, veröffentlicht einen Artikel über den Handelsverkehr der russischen und österreichischen Genossenschaften. Darin wird der Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen begrüßt. In Österreich sind zur Finanzierung der Geschäfte besondere Finanzstellen („Kassa“ u. „Kasse“) gegründet, an der die Genossenschaften neben der Sowjetregierung beteiligt sind. Die österreichischen reformistischen Führer legen sich für die Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften und Sowjetrußland in erster Linie ein, weil sie eine „Gesundung“ der Wirtschaft Österreichs erhoffen.

Paul zieht wieder „gegen den Feind“



Gestern sprach Paul Löbe in einer öffentlichen Reichsbanner-Versammlung im Gewerkschaftshause über „Bolschewismus — Feind im Land“.

Ein toller Skandal

Zehn Pfennig Reisunterstützung die Woche

Sozialdemokrat Smolikoff stimmt dafür!

Dem bei den Eltern wohnenden arbeitslosen Erich Dreßler war eine Reisunterstützung von wöchentlich zehn Pfennig „bewilligt“ worden.

Der Mord in der Gerbergasse noch nicht aufgelöst

Keine Zeugen gesucht

Am Sonnabend wurde der unter dem Verdacht, den Mord in der Gerbergasse verübt zu haben, verhaftete Hermann Pohl mehrmals verhört.

Die Polizei er sucht nachstehende Personen, sich im Zimmer 425 des Polizeipräsidiums zu melden: 1. ein junger Mann, der am Freitagabend etwa um 10.30 Uhr an der Ecke Messergasse-Oberstraße einer Frau gegenüber sich geäußert hat.

In Breslau steigt die Erwerbslosenzahl noch!

Die Berichtswache vom 4. bis 10. April hat einen Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger gebracht.

Später Schnee. Nachdem der Sonnabendnachmittag uns kalte Luft gebracht hatte, schneite es gestern abend und heute nacht.

Auto im Schaufenster! Sonnabend nachmittag fuhr an der Pöhl- Ecke Nachodstraße zwei Autos zusammen, wobei das eine gegen ein Schaufenster der Fleischerei Hoffmann geschleudert wurde.

Muß das so sein? Ein Arbeiter schreibt uns: Meine Frau ging seit vorigem Jahre stempeln. Da bekam sie durch eine Bekannte im Februar für 4 1/2 Wochen Arbeit.

Sieben Schaukästeneinträge angeklagt. Ein hiesiger 30-jähriger arbeits- und wohnungsloser Monteur wurde von einem Schuppolizeibeamten festgenommen, als er den Schaukasten eines Eisenwarengeschäftes in der Schwentfeldstraße erbrochen hatte.

Papiere haben verloren: Rudolf Reumann, Emil Hierse, Erwin Röhler, Rich. Ruff.

Ein junger Dieb. In Himpel hielt ein etwa 12-14-jähriger Junge eine achtjährige Schülerin an und nahm ihr das Portemonnaie weg.

Die Anmeldungen zu den neuen Volkshochschullehrgängen waren so zahlreich, daß ein Teil der sich Meldenden bis zu dem veröffentlichten Schlußtermin nicht hat abgemeldet werden können.

in allen Anschlagssäulen, an Bretterzäunen und Häuserfassaden kleben in Breslau Plakate im schönsten Kakaobraun.

Drängen im Straßenverkehr, an der Endstation der Straßenbahn, ist die Wiege der „Wuwa“, dort wird die Muster-, werden die Versuchsstempelungen gebaut.

Es wird fieberhaft gearbeitet; fünfhundert Arbeiter drängen der Platz vom Lärm der Arbeit.

Auf der Hauptstraße, die von Hunderten von Eisenbahnschwelmen gebildet wird, drängen sich Führer- und Lastautos, die Material für die Häuser — Sand, Zement, Ziegel, Eisenträger — anrollen.

Die Granit- und Marmorwerke Michael & Schott, Bohsestraße 88, beschäftigten bisher acht Lehrlinge.

Firma Dausenberger „Grabmalerei“ diktiert ihren Lehrlingen:

Raus aus den Gewerkschaften, oder Ihr fliegt!

„Vereine irgendeiner Art darf der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrmeisters nicht betreten.“

„Wenn es den kleinen Russolnits aus der Bohsestraße auch schwer fällt, derartig leichte Dinge zu begreifen, so sollten sie sich doch im eigenen Interesse etwas anstrengen.“

„Vereine zur Wahrung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen fallen nicht darunter.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

„Ihr Sohn ist, wie wir festgestellt haben, der Gewerkschaft beigetreten, ohne unsere Genehmigung.“

einander und spelt den fertigen Wästel in weichen Lagenbildern in schon bereitgestellte kleine Wagen, die schweilige Hände nach dem Rohbau transportieren.

Auf manchen Bauten arbeitet die Mauer so dichtgedrängt wie in überfüllter Versammlung.

Der riesige Bauplatz ist ein einziges Chaos. Drei, Erde und Lehm türmen sich zu meterhohen Häufen.

Doch der kluge Mann baut vor. In weiser Erkenntnis dieses Bortes hat der kluge Breslauer Magistrat die Miete schon einflußvollert.

Der Haushaltsplan für dieses Jahr bringt eine Erhöhung nicht der Wess, aber der Massenleuern.

Versammlungskalender

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau — Dienstag um 10 Uhr Abteilungsführung des RFB im Gewerkschaftshaus, Pöhlstraße 22.

— Mi. 1. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Paulina, Adnigalber Straße.

— Mi. 6. Montag 20 Uhr Generalsversammlung bei Paulina, Adnigalber Straße.

Freiburg. Dienstag um 10.30 Uhr im „Grünen Baum“ wichtige Wählerversammlung.

Sonstige Organisationen

Breslau. Montag im Jugendheim, Gärtenweg 15, Neben der Wandlitzengruppe sowie sämtliche Mühlsteine bei der Wasserleitung.

Rüstet zur Maidemonstration auf Schießwerderplatz!

Am Nachmittag und Abend des 1. Mai: Garten- und Saalveranstaltungen ab 16 Uhr, in folgenden Lokalen: Restaurant „Goldener Anker“, Lohestraße (Endstation der Linie 16) / Hoffmann, Pöpelwitzstraße / Knoblich, Oswitz / „Metropol“, Rosenthal

Waldenburger Bergland Kein Tag ohne „Dreiwacht“-Lüge

Die „Dreiwacht“-Redakteure sind als notorische Lügner bekannt. Kein Mensch, der auch nur kurze Zeit die „Dreiwacht“ gelesen hat, glaubt den Behauptungen, die diese Lügner ihren Lesern vorsehen. Heute wollen wir wieder einmal einige bewusste Lügen dieser Schmutzblätter feststellen:

„Dreiwacht“-Lüge Nummer 1: In dem Provinziallandtag stand u. a. die Frage der Ferngasversorgung zur Beratung. Die kommunistische Fraktion war im Prinzip für die Gasfernversorgung unter bestimmten Voraussetzungen, die die Interessen der Arbeiter und wertvollen Steuerzahler in Waldenburg und den angrenzenden Kommunen wahrnehmen. Die Kommunisten protestierten gegen die Herabsetzung der beantragten Mittel und gegen die Verschleppung der ganzen Sache.

Die „Dreiwacht“ schrieb: „... ist es erstaunlich, wie ausgerechnet der Kommunist Müller aus Ober-Bermsdorf wie wild gegen das Problem der Gasfernversorgung wettern konnte.“

„Dreiwacht“-Lüge Nummer 2: Das deutschnationalen „Neue Tageblatt“ veröffentlichte einen Artikel „Polizeihaufen am 1. Mai“, der ein einziges Lob auf Börgel und die Sozialdemokratie ist. Unter anderem wurde in diesem Artikel geschrieben: „Kein Vernünftiger wird dem Berliner Polizeipräsidenten wegen seines Verhaltens tadeln... Aber die Sozialdemokratie? Was tut sie, um ihr „heiliges“ Streikrecht gegen polizeiliche Unterdrückung zu schützen? Sie tut nichts, sondern sie läßt sich. Sehr zutreffend hat Stresemann einmal gelegentlich gesagt, daß das einzige, was von der preußischen Disziplin noch übrig bliebe, die sozialdemokratische Parteidisziplin ist.“

Wir zitieren die wichtigsten Stellen des „Tageblatt“-Artikels, worauf die „Dreiwacht“ schrieb: „Auch heute liegt uns ein Raschmenschenblatt vom 17. April vor, in dem die Ueberschrift prangt: „Neues Tageblatt lobt die SPD.“ Bittet wird dann ein Artikel aus dem „Neuen Tageblatt“, der lediglich eine Schimpferei gegen die Raschmenschen- und die SPD. enthält. Diese Beschimpfungen nennen die Raschmenschenblatt-Monteurs „Belobigungen!“

Frech behaupten die „Dreiwacht“-Lügner das gerade Gegenteil der Wahrheit und verlangen von ihren Lesern, sie sollen diesen notorischen Lügnern alles glauben.

Wir fordern unsere Leser auf, den Lesern der „Dreiwacht“ die täglichen Behauptungen ihres Blattes vor Augen zu halten und sie zu veranlassen, dieses Blatt hinauszumwerfen.

Wie Hulsmann den Lohnkampf im Ruhrbergbau vorbereitet

267 Ausschlüsse aus dem Verband der Bergbau-Industriearbeiter

Die letzte Ausgabe Nr. 16 der „Bergbau-Industrie“ vom 20. April teilt die Namen von weiteren 135 Verbandskameraden mit, die vom Vorstand aus dem Verband ausgeschlossen worden sind. Damit erreicht die Zahl der Aussgeschlossenen in den letzten fünf Wochen die Summe von 267 Kameraden. Begleitet wird der Ausschluß dieser Kameraden mit folgendem Zitat:

„Der kommunistische Spul, der funktionärpolitisch für uns nur „reinigend“ wirkt, wird von uns zwar aus agitatorpolitischen Gründen bekämpft, berührt aber unser politisches Wollen sowie die Aktionsfähigkeit als Organisation nicht im geringsten.“

Hier sprechen die Hulsmänner ganz klar, daß sie die Opposition ausschließen, um das politische Wollen des Verbandes durch die Opposition nicht beeinflussen zu lassen. Hinter der Opposition und ihren Forderungen stehen aber Hunderttausende von Bergarbeitern. Auf deren Willen pfeift Hulsmann, er folgt nur den Anweisungen der sozialdemokratischen Koalitionsminister. Diese verlangen auch von ihm, unter allen Umständen einen Kampf im Ruhrgebiet um Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zu verhindern. Um dies erfüllen zu können, wird die Opposition ausgeschlossen, in der Hoffnung, dadurch die Bewegung lahmlegen zu können. Dies beweist auch die folgende Mitteilung des Berliner Abend-„Vorwärts“, der am 18. April 1929 schreibt:

„Bestimmlich haben die Spitzengewerkschaften sich dafür eingesetzt, daß bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen der Lohn-

kampf aufgehoben werden soll im Interesse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Ferner hatten sich die Spitzengewerkschaften dafür eingesetzt, während dieser Zeit Streiks nach Möglichkeit zu verhindern.“

Demnach haben sich die Spitzengewerkschaften, zu denen auch Hulsmann gehört, verpflichtet, auf jeden Lohnkampf zu verzichten.

Niederschlesien

Görlitz

Noch fast 6000 Erwerbslose

Vom Arbeitsamt wird geschrieben: Das inzwischen eingetretene Frühlingswetter beeinflusste den Markt, so daß in den einschlägigen Berufen ein Abgang von Erwerbslosen zu verzeichnen war. Von der Landwirtschaft werden weiterhin männliche und weibliche Arbeitskräfte verlangt. In der Industrie der Steine und Erden ist infolge einer Wende eingetreten, als ein Granitwerk im Landkreis Görlitz seinen Betrieb wieder eröffnete und eine Anzahl Arbeitsloser einstellte. Auch im Metallgewerbe war eine geringe Belebung zu verspüren, während die Aussichten im Spinnstoffgewerbe anhaltend ungünstig sind. Im Baugewerbe ist eine Besserung zu beobachten. Im Verkehrsgewerbe sowie für Gastwirtschaftspersonal und Musiker ist die Lage die gleiche wie in der Vormache geblieben. Sehr schlecht sind die Aussichten für Angestellte und Techniker.

Kraubückersee. In der Nähe des Dorfes Reula wurde der Landwirt Kulla aus Spohla von einem Mann angefallen und seiner Borschaft von 30 Mark beraubt. Auch der Landwirt Wittschas aus Klein-Reida, der mit seinem Fahrtrabe denselben Weg gefahren kam, wurde kurze Zeit nach dem ersten Überfall von einem unbekannten Mann überfallen, vom Rabe geschlagen und im Gesicht verletzt.

Sagan

Mildes Urteil für Tötung eines Arbeiters

Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der Landwirt Schaller aus Gorpe wegen fahrlässiger Tötung. Anfang Dezember v. J. nahm Ritttergutbesitzer Wabnick (Nieder-Mednig) den Angestellten mit zur Jagd. Er ließ ihm auch das Gewehr. Der Rutscher Kemanan fuhr beide ins Jagdgelände. Bei Greifitz legte Schaller vom Wagen, um das Gewehr zu laden. Mit einem Male krachte ein Schuß, der den Rutscher in die Seite traf, so daß am Abend der Tod eintrat. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf drei Monate.

Neusalz

Ein Kind vom Auto getötet.

Als der Juwelier Alfred Kähler aus Beuthen a. d. O. mit seinem Personenauto die Mittelhauer Straße passierte, fuhr er zwei Kinder um. Eines von beiden erlitt nur geringfügige Verletzungen, während die neunjährige Gertha Grütze so gegen einen Gassenstein geschleudert wurde, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt. Im Johanniterkrankenhaus ist das Kind kurz nach seiner Ueberführung verstorben. Der Führer hatte erst am Tage vorher seinen Führerschein erhalten.

Bunzlau

„Ehrenbürger“ Burmann der Vorsichtige

In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben die Sozialdemokraten ihren nach Frankfurt a. M. in eine besser bezahlte Stelle einrückenden Genossen Burmann, den bisherigen hiesigen Bürgermeister, zum „Ehrenbürger“ der Stadt Bunzlau ernannt. Außerdem soll das Sparlaßverwaltungsgebäude „Burmann-Haus“ getauft werden. Eine wirklich sinnige Ehrung, wie der erste Krach, der sich in Frankfurt um Burmann ereignet hat, beweist. Herr Burmann hat dort nämlich in seinem Verträge sein 24 000 Mark (!) betragendes Gehalt auf Feingoldwährung festgelegt, worauf

Dieser Verzicht soll bedeckt werden durch radikale Phrasen gegen die Unternehmer nach außen und durch Herausheben aller derjenigen Bergarbeiter, die es mit einer Lohnerhöhung und damit mit einem Lohnkampf ernst meinen. Die oppositionellen Bergarbeiter werden sich auch durch diese Schandtat Dusemanns und seiner Freunde nicht abschrecken lassen, zielbewußt die Bergarbeiterforderungen zu vertreten und den Kampf zu organisieren.

Jauer

Achtung, Genossen! Am Dienstag, dem 23. April, 20 Uhr, findet im „Grünen Adler“ eine kombinierte Versammlung statt. Alle Partei-, Kote-Hilfe-Genossen und KZB-Kameraden müssen erscheinen.

selbst seine eigenen Genossen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gegen ihn Stellung nehmen mußten.

Wach! Aber Bunzlau soll sich trösten. Wenn in einer etwaigen Inflation alle anderen Proleten der Geldentwertung nicht entrinnen können, der auch Arbeiter Burmann hat sein Gehalt w e r t e f e s t a n d i g f e s t . Er kann dann als einziger im „Burmann-Haus“ sparen. Hoffentlich tut er es auch!

Der Notzucht angeklagt

Unter der Anklage der verurteilten Notzucht stand der 1909 geborene Aderluischer W e n d r i c h in Grembsdorf vor dem erweiterten Plegitzer Schöffengericht, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte. Am 21. Oktober vorigen Jahres soll er an einem zwanzigjährigen Mädchen, das er von einer Firmesfeier nach Hause brachte, ein Notzuchtverbrechen verübt haben. Nach den Befindungen des Mädchens selbst stellten sich aber die Vorgänge ziemlich harmlos dar. Sie hatte sich in keiner Weise beeinträchtigt gefühlt, der Mutter aber von dem Vorgefallenen erzählt, die es wieder dem Vater berichtet hatte. Dieser erstattete dann Strafanzeige. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme mußte die Staatsanwaltschaft Freisprechung beantragen, zu der das Gericht ebenfalls kam.

Liegnitz

Meineid im Alimentenprozeß

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schwurgericht am Dienstag gegen die 1901 geborene Schmittlerin Clara Leschner aus Görlitz, die sich auch „Frau Bergmann“ nannte. Sie hat drei uneheliche Kinder. Beim ersten machte sie bezüglich der Vaterschaft widersprechende Angaben, beim zweiten konnte sie überhaupt keinen Vater namhaft machen; beim dritten endlich gab sie den Kriegsinvaliden K. aus Breslau, mit dem sie in der Empfängniszeit verkehrt haben will, als Vater an. Der als Vater namhaft gemachte Kriegsbeschädigte bestritt aber seine Vaterschaft und machte geltend, sie habe in der fraglichen Zeit auch mit anderen Männern intimen Verkehr gepflogen. Im November 1925 wurde sie vor dem Amtsgericht Bernau bei Berlin vernommen und gab an, die ganze Zeit mit dem Beschlagen und mit keinem anderen Mann verkehrt zu haben. Bei ihrer zweiten Vernehmung vor einem meißnerischen Schwurgericht machte sie Einschränkungen, da sie während der Empfängniszeit wegen syphilitischer Erkrankung behandelt wurde. Der Richter hatte damals Bedenken, sie zu bereidigen. Vor dem Amtsgericht Kröpelin beschwor sie dann ihre Aussagen. Ein als Zeuge vernommener Maler aus Breslau gab jedoch zu, mit ihr in der fraglichen Zeit verkehrt zu haben, so daß sie einen Meineid geleistet hatte. Zu ihrer Verteidigung brachte sie vor, ihre Beziehungen zu dem Maler ganz vergessen zu haben, als sie den Eid leistete, was wohl auf ihre Krankheit zurückzuführen sei. Der hierauf geladene Sachverständige Dr. Löwenheim (Liegnitz) hielt in dem vorliegenden Falle eine Gedächtnisstrübung infolge der geschlechtlichen Erkrankung nicht für gegeben. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus. Das Schwurgericht erkannte seinem Antrag entsprechend auf ein Jahr Zuchthaus, zwei Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeugin oder Sachverständige vernommen zu werden.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch
Copyright 1929 by Greifenverlag, Kassel-Rahl 24

Auf der steilen Brückenrampe geriet der Minenwerter zeitlich ins Rutschen und kippte an der Vordschwelle um. Die Menge drängte näher heran, und ein junger Burche versuchte, mit seinem Taschenmesser das Seil zwischen Auto und Geshütz zu durchschneiden.

In diesem Augenblick flog vom Auto herab ein kleiner Gegenstand, einer Frau mitten in den Einholekorb. Einer inkonktriven Eingebung folgend, schweberte die erblöde Frau das schwarze Ding mit dem blanken Metallblech augenblicklich zurück.

Die Gleichhandgranate krepierete nach Art eines Schrapnells mit dumpfem Krachen dicht über den Köpfen der Soldaten. Die Wirkung war eine doppelte. Man sah blutbespritzte Uniformierte halb sinnlos vor Eröred und Schmerz kopfüber herunterpringen. Für die Menge aber, von der die wenigsten überhaupt den Vorfall bemerkt hatten, war die Detonation das Signal zum Losbruch des so lange zurückgehaltenen Stolls. Kaum einer hatte eine andere Waffe als seine Hände, aber man sah die bekränzten Soldaten mit bloßen Händen wieder, trat sie mit Füßen, entriß ihnen die Waffen.

„Ihr Hunde wollt auf uns schießen?“
„Räufte, Marktlochen, Taschenmesser, Hausschlüssel, — — — Gewehrstoßen, Seitengewehr sausten nieder, aber das Ungeßäm der zerdrückenden Menge war so groß, daß in dem wüsten Ruudel bald kaum noch einer die Arme heben konnte.

„Schlagt sie tot, die Bluthunde!“
Plötzlich peitschten von der anderen Seite in schneller Folge Schüsse die Straße entlang. Im Ru hob die Menge auseinander, aber die Männer, die die Karabiner an sich genommen, begannen aus Haussüren und hinter Mauervorsprüngen hervor die anrückenden Truppen zu beschießen.

Der Straßenkampf begann!
Von allen Seiten eilten bewaffnete und noch mehr unbewaffnete Arbeiter herzu. Das Knattern des Gewehrfeuers, das nervenzerschütternde Beßen der Maschinengewehre, untermischt von den dumpfen Schlägen zerplatzender Handgranaten, alarmierte bis in die Augenwinkel hinein. Aber noch aufpeitschender wirkte das unaußersichtliche Knurren sämtlicher Artilleristen.

Von der evangelischen Kirche lautete es Sturm!

Niemand auf Seiten der Arbeiter hatte in diesem elementar aufbrennenden Kampf zunächst eine Führung. Jeder tat, was ihm nach Lage der Dinge selbst als richtig erschien. Erst allmählich im Laufe des dreistündigen Kampfes lehten sich Beispiel und Rat einzelner in lokale Führung um, bildeten sich planmäßig vorgehende Gruppen. Zwar wurde die Katinger Straße, die den nach Norden drängenden Truppen allein als Abzugsstraße übrig blieb, von diesen in der Längsrichtung beherrscht, aber überall wurden jetzt die Seitenstraßen aufgerissen, wuchsen Barrikaden aus Pflastersteinen, Müll-eimern, Karren und Gerümpel, von wo aus die vorbeimarschierenden Soldaten unter Feuer gehalten wurden. Zwar erkümrten einige Abteilungen solche Barrikaden, fanden aber, wenn sie das Hindernis besiegten, dieses geräumt und die Gegner in die nächsten Häuser gestödet.

Eine Abteilung von dreißig Mann, die sich hierbei zu weit in die Pichstraße hinein vorwagte, sah sich plötzlich rückwärts abgeßchnitten und warf auf Zuruf die Gewehre hin. Aber nicht genug damit, machten die Arbeiter auch erfolgreiche Gegenangriffe, wobei ihnen an einer Stelle mehrere Brot- und Munitionswagen und fünf schwere Maschinengewehre in die Hände fielen.

Die bereits nach Norden hindurchgekommenen Truppen machten wieder Front gegen die Stadt und begannen, mit schweren Mienen zurückzuschießen. Unter stürzbarstem Krachen schlugen die auf gut Glück gerichteten Geschosse durchweg in außerhalb der Kampfszone liegende Häuser.

Aber weder diese unnütze Bombardierung, noch das Vorstoßen fenergebeider Panzerwagen in Seitenstraßen vermochten irgendwie die Kampfeswut der Arbeiter zu dämpfen. Auch die weiter nördlich gelegenen Zehen begannen jetzt den Truppen zuzusetzen, so daß der Abmarsch immer mehr ins Stoden geriet. Alles kam durcheinander, und in wilder Panik warfen ganze Züge der durch fortwährende Kämpfe, Märsche und Gerüchte zermürdeten Truppen ihre Gewehre vor einigen schlechtbewaffneten Kumpels hin und gaben sich gefangen.

Ein Hauptmann von den 135ern versuchte angesichts der verstopften Straße mit seiner Kompanie rechts seitwärts der Bahn entlang einen Uebergang zu gewinnen. Sie fanden auch nur wenig Widerstand, aber die Straße mündete bald in einen schmalen Engpaß. Links lag der Bahkörper mit hohem, wuchtigem Eisenzaun, jenseits der Bahn der Kanal, rechts aber zogen sich weißhin die hohen Mauern der Schlackenfabrik.

(Schluß folgt.)

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Die gold'ne Meltherin

Bekanntmachung.

Pfänder - Versteigerung

im Versteigerungsraum
Freiburger Straße 36
am Donnerstag, dem 2. Mai 1929
vormittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 61 000
Weiße Scheine bis Nr. 9000

Verlängerungen können nur bis zum 25. April 1929 berücksichtigt werden.

Gemeinnütziges Pfandleihhaus

der Stadt Breslau, GmbH,
früher Städtisches Leihhaus
G. m. b. H., Direktor

Beststellen

Eiche 3 Stück mod. Form 95.00 Mk.
Ede pol. 2 Stück mod. . . 85.00 Mk.
Küchen 7teilig . . von 135.00 Mk. an
Teilzahlung gestattet!
Nowotny, Weldenstr. 23

Wir liefern

Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufträge
prompt und preiswert

PEUVAG

Papier - Erzeugung-
und Verwertungs-
Aktien - Gesellschaft
Berlin

Fil. Breslau
Trabnitzer Str. 50



Fußquäler

Hornhaut, Schwielen und Warzen

beseitigt schnell,
sicher und unblutig

Kukirol

Eine Packung Kukirol-Pflaster mit dem Garantie-Schein kostet 75 Pf. Kukirol hilft sicher! Sie erhalten bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!

Kukirol-Verkaufsstellen:
Drogerie Breitkopf, Weinstr. 68/70; Drogeriehaus Glatzel, Rosenthaler Straße 24; Drogerie Haupt, Vorwerkstr. 41; Drogerie Hellmann, Gräbschener Straße 117; Drogerie Kindler, Gräbschener Straße 129; Drogerie Negwer, Gräbschener Straße 88; Drogerie Sabiers, Weinstr. 33; Drogerie Schleuder, Friedrich-Wilhelm-Str. 37; Drogerie Schulz, Vinzeazstr. 7 u. Drog. Tschorz, Trabnitzer Str. 46

Oberschlesien

Genosse Kemmele über die politische Lage und Aufgaben der Partei

Referat auf dem Bezirksparteitag Oberschlesien

Am zweiten Verhandlungstage hielt Genosse Kemmele das politische Referat. Er betonte einleitend, daß es nicht möglich sei, im Rahmen eines Referats auf alle die Fragen, die der 6. Weltkongreß behandelt hatte, einzugehen, er werde sich deshalb darauf beschränken, die wichtigsten Fragen, die der 6. Weltkongreß behandelt hat, knapp zu umrissen. Zunächst berichtete Genosse Kemmele über die Verhandlungstechnik des Kongresses. Während früher auch auf den Kongressen der kommunistischen Internationale die Delegierten der einzelnen Sektionen vorwiegend zu den Fragen ihrer Partei sprachen, fand diesmal die Frage keiner Partei auf der Tagesordnung, sondern alle Delegierten wurden mit dem gesamten Komplex der internationalen Fragen des Klassenkampfes vertraut gemacht. So fand der Kongreß nicht nur in Bezug auf die gesteigerte Zahl der Delegierten aus den außereuropäischen Sektionen, sondern auch in Bezug auf seine Verhandlungen im Zeichen der verstärkten Internationalität. Auch in technischer Beziehung stellte der Kongreß einen außerordentlichen Fortschritt dar. Den Kapitalisten ist es bisher, trotzdem sie über alle Mittel der Technik verfügen, nicht gelungen, eine Einrichtung zu schaffen, durch die auf internationalen Kongressen den Teilnehmern aller Völker Gelegenheit gegeben wird, den Verhandlungen in ihrer Muttersprache zu folgen. Ein junger sowjetrussischer Ingenieur hat einen Apparat erfunden, der es allen Teilnehmern des Kongresses möglich macht, die Redner des Kongresses sofort in ihrer Sprache zu hören. Dadurch wurde das Interesse an den Verhandlungen so gesteigert, daß die Delegierten vom ersten bis zum letzten Tage mit gleichem Eifer die Verhandlungen des Kongresses verfolgten. Genosse Kemmele streifte kurz die große Bedeutung des beim 6. Kongreß angenommenen Programms der kommunistischen Internationale und kennzeichnete dann die Merkmale der vom 6. Kongreß konstatierten drei Perioden der Nachkriegszeit.

Für die erste Periode (1917 bis 1923) ist charakteristisch die Bedrohung des kapitalistischen Systems in Europa durch die proletarische Revolution. Die Erschütterung der kapitalistischen Weltökonomie durch die Inflation und durch die Oktoberrevolution des deutschen Proletariats, die der Ausgangspunkt der ersten Periode ist. Die zweite Periode beginnt mit der großangelegten Stillungsaktion besonders des amerikanischen Finanzkapitals. Es gelingt den Kapitalisten, mit Hilfe der Anleihen die Valuta wieder herzustellen und die Produktionskosten auf die Vorkriegshöhe zu steigern. Das Proletariat, das am Ende der ersten Periode geschlagen ist, befindet sich auf dem Rückzug. Die Bourgeoisie dagegen auf dem Vormarsch. In dieser Periode sehen wir fast gar keine Streiks, mit Ausnahme des englischen Bergarbeiterstreiks.

Gewaltige Wirtschaftskämpfe, erneuter Vormarsch der kommunistischen Bewegung in allen kapitalistischen Ländern (Märzwahlen in Polen, Aprilwahlen in Frankreich, Maiwahlen in Deutschland, Augustwahlen in Schweden, gewaltige Wirtschaftskämpfe in fast allen kapitalistischen Ländern) leiten die dritte Periode ein. Es ist die Periode, in der die Widersprüche des kapitalistischen Systems sich gewaltig steigern, die Konkurrenz unter den kapitalistischen Staaten wächst und die Kriegsgefahr akut wird. Es ist selbstverständlich, daß wie für die Kriegsführung auch für das Proletariat in der Offensive eine andere Strategie notwendig ist, wie während der Defensive. Viele Genossen werfen die Frage auf, warum wir früher bei den Betriebsrätewahlen eine andere Taktik getrieben haben als heute. Unsere damalige Taktik entsprach der Tatsache des Rückzuges der Arbeiterklasse, wie unsere jetzige Taktik dem gesteigerten Kampfwillen der in der Offensive befindlichen Arbeiterklasse entspricht. Die Ereignisse in den letzten Monaten und Wochen haben die Wichtigkeit der Analyse des 6. Weltkongresses nicht nur bestätigt, sondern bei weitem übertroffen. Hätte der 6. Weltkongreß sich auf den Standpunkt der Rechten oder der Versöhner gestellt, so würde die Partei heute hinter den Massen marschieren. Trotz aller Widerstände ist es gelungen, die kommunistische Partei auf die vom 6. Weltkongreß bestimmte Strategie einzustellen. Damit war der erste Schritt getan. Über das genügt nicht. Die schwierigste Aufgabe war und ist, zu erreichen, daß die Strategie auch ihre praktische Anwendung findet. Genosse Kemmele schildert Schwächen und Mängel bei der Durchführung unserer Strategie in den Gewerkschaften, bei den Wirtschaftskämpfen und bei den Betriebsrätewahlen. Er rügt, daß bei den ober-schlesischen Betriebsrätewahlen die Kandidaten nicht in Belegschaftsversammlungen aufgestellt wurden. Er wendete sich besonders gegen den Gewerkschaftslegatismus, der dazu führt, daß Parteiladern hinter der revolutionären Entwicklung der vorwärtsdrängenden Arbeitermassen zurückbleiben. Es kam an verschiedenen Orten dazu, daß Parteiloje im Gegensatz zu kommunistischen Funktionären die Forderungen nach eigenen Streikleitungen erhoben. Bei den Betriebsrätewahlen (Genosse Kemmele führte einige Beispiele an) kam es vor, daß sich kommunistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Massenmobilisierung in den Betrieben wandten, während politisch nicht organisierte Kollegen die Durchführung der Richtlinien der Partei zu den Betriebsrätewahlen forderten.

Genosse Kemmele behandelte im zweiten Teil seines Referats den Faschismus. Während noch vor einiger Zeit die Reformisten darauf hinarbeiteten, daß fast in allen kapitalistischen Ländern der demokratische Gedanke gesiegt habe, sehen wir jetzt immer mehr, daß der Faschismus die Regierungsform des Kapitalismus wird. (Faschistische Diktatur in Spanien, Portugal, Jugoslawien, Polen.) Genosse Kemmele schilderte den italienischen Faschismus und den Kampf der KP. Italiens, welche die einzige Kraft ist, die Mussolini fürchtet. Der Faschismus ist die letzte Regierungsform des Kapitalismus. Vom Faschismus führt kein Weg zurück zum bürgerlichen Parlamentarismus, sondern hinter ihm steht die Diktatur des Proletariats. Zum Schluß kennzeichnete Genosse Kemmele den Sozialfaschismus in Deutschland. Stresemann fordert die Beseitigung des gesamten bürgerlichen Parteiensystems und seine Ersetzung durch die einheitliche Klassenpartei der Traubourgeoisie, wobei er sich ganz offen mit

dem faschistischen Parteiwesen solidarisierte. Im Zentrum, bei den Demokraten, in der Sozialdemokratischen Partei verlangt man die Unabhängigkeit der Regierung von Parteiwesen und von Parlament. Genosse Kemmele polemisierte gegen Rechte und Versöhner, die vollkommen das Wesen des Sozialfaschismus verkennen. Genosse Kemmele kommt zu dem Schluß, daß wir uns noch nicht in einer

Wir demonstrieren am 1. Mai!

Belegschaft der Gleiwitzer Lokomotivwerkstatt beschließt Arbeitsruhe am 1. Mai

In der am 18. April stattgefundenen gutbesuchten Belegschaftsversammlung, in der unter anderem auch zum 1. Mai Stellung genommen wurde, ist die nachstehende Entschliessung gegen zwei Stimmen angenommen worden:

Entschliessung

Die Belegschaft der Lokomotivwerkstatt Gleiwitz nimmt zum 1. Mai Stellung und beschließt die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai. Wir werden am 1. Mai mit der revolutionären Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei unter deren Losungen für unsere Forderungen und für die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse demonstrieren. Mit tiefster Entschlossenheit nehmen wir von dem Vortritt des sozialdemokratischen Innenministers Kenntnis, der die kommunistische Partei verbietet und die Versammlungen der Arbeiter auflösen will.

Wir fordern die übrige Arbeiterklasse auf, am 1. Mai ebenfalls die vollständige Arbeitsruhe durchzuführen und geschlossen gegen den Erlaß des Innenministers einzutreten, der sich gegen die kommunistische Partei und die gesamte Arbeiterklasse richtet. Wenn die deutsche Bourgeoisie dazu übergegangen ist, selbst den 1. Mai in Berlin zu verbieten, so werden wir, genau wie das Berliner Proletariat um so stärker unseren Kampfwillen am 1. Mai zum Ausdruck bringen.

In diesem Sinne fordern wir die Arbeiter und Erwerbslosen auf, am 1. Mai zu demonstrieren.

Es lebe der 1. Mai!

Es lebe der Befreiungskampf der Arbeiterklasse!

Der einmütige Beschluß der Belegschaft der Lokomotivwerkstatt, am 1. Mai vollständige Arbeitsruhe durchzuführen, für die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse, hinter den Fahnen der kommunistischen Partei und für deren Losungen zu demonstrieren, muß erst recht alle anderen Betriebe veranlassen, sofort zum 1. Mai Stellung zu nehmen und Wahlkomitees zu wählen.

Strasse frei am 1. Mai!

Arbeitsruhe in allen Betrieben!

Das ist die Parole aller Arbeiter.

Klassengenossen! Keine Demonstration für Panzerkreuzerfaschismus, für Wirtschaftsfrieden und Wirtschaftsdemokratie! Demonstrieret unter den revolutionären Losungen der KPD.

Hindenburg

„Zum Arzt sollst du Vertrauen haben, er ist dein bester Freund“

Wir erhalten von einer Arbeiterfrau folgende Zuschrift: Diese obigen Worte in Stein gehauen, fallen einem beim Betreten der Allgemeinen Ortskrankenkasse ins Auge. Wie die nackte Wirklichkeit aber aussteht, beweist erneut folgender Fall: Da ich bei der großen Kälte den Bürgersteig reinigen mußte, erkrankte ich an Njchias. Der mich behandelnde Arzt schrieb mich am 27. Januar d. J. arbeitsunfähig und verschrieb mir Heilluftbehandlung. Nun mußte ich zum Vertrauensarzt, dem die Aufgabe zufiel, mich nochmals, und zwar

Ueberstunden

Ueberstunden, Ueberstunden,
Hat das Kapital erfunden,
Bald werden die Streiken blasen,
Dann ist die Fabrik verlassen,
Du allein nur — stehst noch da.

Kamerad! Kamerad!
Das ist schändlicher Verrat!
Wegen lumpiger Moneten
Machst du andere Proleten
Eiend, brot- und arbeitslos.

Nicht Stunden! Nicht Stunden!
Hat man dich genug geschunden.
Gehöre nicht zu den Rasaffen,
Die dem Kapital gefallen.
Denn du ernest keinen Dank.

Ach wie bald, ach wie bald,
Zeigt das Kapital Gewalt.
Gestern noch bei Ueberstunden,
Heut gekündigt, abgefunden,
Norgen keine Arbeit mehr!

Drum nicht still! Drum nicht still!
Wie das Kapital es will.
Immer sollst du helfen streiken,
Auf dem Wege weiter schreiten,
Der allein zum Siege führt.

G. W. Markowitsch.

akut revolutionären Situation bestanden, daß aber alle Erscheinungen darauf hinweisen, daß Deutschland in zunehmender Geschwindigkeit neuen Erschütterungen entgegensteht. Die Partei muß die ganz anders gelagerten Verhältnisse, die auch eine andere politische Gesamtsituation erfordern, erkennen. Die besten Methoden zur Durchführung der Arbeit kann nicht das Genetallomites der ober-schlesischen Genossen anweisen, sondern diese müssen im Kampfe selbst von den ober-schlesischen Genossen gefunden werden. Deshalb Austausch aller Erfahrungen und Selbstkritik.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich 28 Genossen; alle stellten sich auf den Boden der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des 4. KPD-Kongresses, doch verjuchten einige Genossen ihre gemachten Fehler bei den Betriebsrätewahlen zu verteidigen. Genosse Kemmele ging im Schlußwort auf die Argumente dieser Genossen ein und stellte zusammenfassend einen Fortschritt der Diskussion und ein höheres politisches Niveau gegenüber dem ersten Verhandlungstag fest.

Nach Schluß des Parteitages fand im Gleiwitz auf dem Germania-Platz eine Kundgebung statt.

„gründlich“ zu untersuchen. Auch er mußte mich arbeitsunfähig erklären und genehmigte mir fünfmal Gehalt. Nachdem ich sechs Wochen Krankengeld bezogen hatte, wollte man mich gesund lassen. Weil ich erklärte, daß ich noch krank sei, mußte ich zur Krankenkasse, und der dort amtierende Ober-Vertrauensarzt meinte zu mir, daß ich schon sechs Wochen krank sei, sollte ich jetzt wieder zur Arbeit gehen. Darauf erwiderte ich ihm, daß ich nicht gesund sei und über meinen Körper selbst zu verfügen habe. Da mußte ich mich ausziehen, und der Arzt sagte mir am Schenkel und meinte, daß ich gut genährt sei und ich könnte doch arbeiten. Ich machte den Arzt aufmerksam, daß Njchias doch nichts mit der guten Ernährung zu tun habe und verlangte eine Überweisung ins Krankenhaus.

Nun machte er mich auf den obigen Wahlspruch aufmerksam und fing an zu lachen und meinte, ich solle den Mund halten.

Darauf erklärte ich ihm, daß ich die Entlassung nicht annehme, diese Art von Behandlung der Dessenlichkeit unterbreiten werde, und ging.

Täglich gehen Männer und Frauen zu diesen Vertrauensärzten und lassen sich so „gründlich“ untersuchen, daß sie arbeitsfähig geschrieben werden. Selten findet einer der Patienten bei Njchias, diesen „Gesundschreibern“ die wahre Meinung zu sagen: Erkennt, daß ja die Gelder der Krankentafel eure Gelder sind und daß ihr darüber zu verfügen habt, nicht jene, die gut entlohnt werden und mehrere Wochen im Jahre an die See oder ins Gebirge reisen.

Die Mitglieder der Krankentafeln sollten kämpfen um die Beseitigung des Vertrauensarztsystems. Eher kann und wird eine Veränderung der Verhältnisse im Interesse der Kranken Proleten nicht eintreten können.

Rokitnitz

KPD-Landausmarsch erfolgreich

Die KPD-Ortsgruppe Rokitnitz unternahm vorigen Sonntag einen roten Landausmarsch. Die Schalmekapelle des KPD-Ortsgruppe Mikulschütz wirkte hierbei mit. Mit einem begeisterten „Rot Front“ wurden die Kameraden von der Bevölkerung in Stolarzowitz begrüßt. Kamerad Paprotta hielt eine kurze aber kernige Ansprache zu den Versammelten. Der Erfolg war, daß eine Ortsgruppe in Stolarzowitz gegründet wurde. Bekannt ist ja gerade dieses Dorf als ein faschistisch verfeuchtes. Darum ist der Erfolg um so größer. Von hier marschierte man nach Friedrichswille, auch dort der gleiche herzliche Empfang durch die Arbeiter. Ein übereifriger Schupst wollte hier die paar letzten Zeitungen beschlagnahmen, wurde aber nach proletarischer Art zurechtgewiesen.

Kameraden! In allen Ortsgruppen bereitet sofort rote Landsonntage vor. Hinaus aufs Land, um unter der Landbevölkerung Aufklärung zu schaffen, um auch dort Stützpunkte für unsere Ziele zu haben.

Neustadt

Mit blanter Waffe gegen Zivillisten

A. R. In den letzten Monaten versucht die SPD in der Diskussion über das Wehrprogramm den Arbeitern weiszumachen, daß man den Kampf um die Reichswehr führen muß, um sie zu einer „Volkswehr“ zu machen, zum Schutz der Republik. Daß dieses nur leere Redensarten und Spiegelfechterei ist, dafür hat Gustav Kossel, als er sich der monarchistischen Offiziere zur Niederknüppelung der deutschen Arbeiterklasse bediente, gesorgt. Gesorgt haben diejenigen Offiziere, daß die Mannschaften mit monarchistisch-faschistischem Geist gefuttert wurden. Das beweist das Verhalten der Reichswehr gegenüber der Zivillibbevölkerung. Es könnte eine Reihe von Fällen angeführt werden, wir wollen aber nur zwei herausgreifen.

Von Sonnabend zu Sonntag nacht entstand eine Auseinandersetzung zwischen Militär und Zivillisten. Als das Militär auf einen Zivillisten losgeschlagen wollte, trat ein Arbeiter dazwischen und machte sie aufmerksam, daß derselbe ganz unschuldig sei. Darauf stützten sich die Soldaten auf den Arbeiter. Nicht genug damit, daß sie auch noch selbst vor dem Laß ab. Der Arbeiter, der sich mit durch Flucht retten konnte, wurde von den „kämpflustigen“ Soldaten verfolgt, bis ein Polizist die Personalien feststellen konnte. In diesen Sachen findet aber das Militär milde Richter, was ein anderes Fall beweist: Bei einer Schlägerei wurde ein Fußballspieler von einem Soldaten mit dem Säbel ins Gesicht gestochen. Es laum zur Klage, und die Richter sprachen den „Bajonett-Helden“ frei, trotzdem Neugen ihn schwer belasteten. In der deutschen Republik nimmt und das gar nicht mehr wunder, weil ja diese Stellen mit monarchistisch-faschistischen Elementen besetzt sind. Am Amtsgericht in Neustadt sitzen allein zwei Richter, welche dem Landeshöfchenverband als Führer angehören. Da wundern sich manche Leute, daß die Kommunisten von Klassenrichtern reden.

Nicht Kampf um die Reichswehr und diese Republik, sondern Sturz der jetzigen „Ordnung“ und Aufbau der Diktatur des Proletariats, Schaffung einer roten Armee muß die Lösung der Arbeiterklasse sein.

Jeder Betrieb wählt Mai-Komitee und beschließt Arbeitsruhe am 1. Mai

Führer von Weißstein, Waldenburg, Salzbrunn, Nieder-Hermsdorf, Dittersbach, Blumenau, Altwasser, Wüstegiersdorf, Fellhammer-Nord, Langwaltersdorf, Reichhennersdorf, Sandberg-Walden, Bunzlau, Haynau, Liegnitz, Bolkenhain

Weißstein

Verband Selbst. Fleischer- und Metzgerhandl.
89044
Gut und billig kaufen Sie im
Vereinshaus Ulrich Dange
88058

Witold Müller, Salzbrunner Str. 29
Kaffeehandlung
88087

Georg Wobbe, Konradthaler Str. 23
Zigarrenhaus und Mineralwasserfabrik
89056

Max Schill, Salzbrunner Straße 53
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88054

Erich Geisler, Gartenweg 4
Fleischerei
88083

Gr. Schubert, Hauptstr. 63
Fertig 208
Kolonialwaren und Feinloß
88884

HANS HERZOG
Altwaflerstraße 14
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
89059

Heinrich Opliz
Hauptstraße 168
Bäckerei und Konditorei
88081

Willy Deune, Hauptstraße / Kolonialwaren
Vorkauf, Süßwaren, Schokolade, Labak
Sämtliche Schokolade am Lager
88082

Paul Berger, Hauptstraße 96
ff. Fleisch- und Würstwaren
88898

„Deutsches Haus“, Hauptstraße 93
Empfehl. seine Lokalitäten
Groß- u. Klein. Saal, Vereinszimmer
88047

Bruno Rinner, Salzbrunner Str. 33
Konditorei-Produkte und Milchverarbeitung
Lebensmittelhaus
88205

Konrad Ludwig
Altwafler Straße 16
Fleisch- und Würstgeschäft
88264

Paul Rother, Hauptstraße 150
Bäckerei und Konditorei
88080

Karl Wiedert, Hauptstraße 129
Uhren, Möbel, Haus- u. Küchengeräte
88049

Rauschhaus Gante
Hauptstraße 115
88048

H. Krause, Joh. W. Rezul
Kolonialwaren :: Bäckwaren :: Mehl
88046

Karl Buschmann, Hauptstraße 62
Bäckerei und Konditorei
88045

Ernst Gierich, Mittelstraße
Möbel und Arbeiterbelleidung
88043

Paul Simon / Kollereigeschäft
Hauptstraße 144
88896

Waldstein-Hartau
Garten- Land- u. Wildschweine
empf. seine Lokalitäten u. Gesellschaftszimmer
88268

WENDELIN LACHNIT
Kolonialwaren - Feinloß
Zigarren - Zigaretten - Tabakwaren
88267

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Julius Schwarzer, Gartenweg 2
88266

Waldenburg

Konfektionshaus
88085
Max Silberman
Herren- und Knaben-Bekleidung

Kauf bei
Jacobsohn
Gartenstrasse 6
88086

Kaufhaus
Max Holzer
Friedländer Str. 10
88087

Seppische - Garten - Einzelne
ADOLF ERNST
In der katholischen Kirche
88270

Gugo Rahr, Gottesberger Straße
Leber, Pfeffer, Leberwaren, Sportartikel
88260

D. Korn, Friedländer Str. 7
Nur gute Herren- und
Knaben - Bekleidung
Alleinverkauf d. Fa. Louis Mosberg, Bielefeld
88039

Fahrradhandlung
Ferdinand Raigler, Kuenstraße 48
Reparaturwerkstatt
88038

Haynau

Bunzlau

Theodor Prinz - Ring 30
Kolonial- und Konfektionswaren
88401

M. Grundmann, Gnadenberger Str. 52
Fleisch- und Würstwaren
88613

Fernand Stiller, Bahnhofstr. 35
Schuwaren
Reiz- und Reparaturwerkstatt
88402

E. Burke / Stadtkrahe 21
Herren-Frisiergeschäft
88612

Carl-Restaurant, Parkstraße 12
Richard Frißche
Angenehmer Familienaufenthalt
88403

Paul Müller, Rath, Kirchplatz 3
Möbelhandlung
88608

Max Süßmann
Mittelstraße 11
Herren- und Knabenbekleidung
88658

EISENRUBINSTEIN
Größtes Unternehmen der Branche am Platz
88618

Größe Schuhreparatur
mit elektr. Betrieb
H. Zwintzow, Burgstraße 50
88655

Gertrud Sobil, Zollstraße 9
Weiß- und Wollwaren, Herrenartikel
88609

Liegnitz

Sorimentenhaus

Max Futter, Ring 9/10
Kleiderstoffe, Leinen, Baum-
wollwaren, Putz, Damenkonfek-
tion, Kurzwaren, Strümpfe und
Wollwaren
88656

Trinkt Milch
d. Bunzlauer Lehrmolkerei
88614

Referiert

Heinrich Hammerla
Leinen / Baumwollwaren
Kleiderstoffe / Wäsche / Erntelagen
88615

Schuhhaus Wendland & Gort
Fein- und Karle Schuhwaren
Nicolaistraße 7
88610

Abolf Dämmel / Kollereierweg 1
Kolonial- und Gemischwaren
Spielwaren in großer Auswahl
Mittelles des Kadettbarbereins
88429

Bolkenhain

Thomas Gebler, Nikolaistraße 14
Fahrräder - Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
88611

Schuhhaus Reitwaller
Bestes Schuhgeschäft
15 Min. vom Bahnhof Ober-Wüstegiersdorf
Jeden Sonntag Lang - u. C. Strauch
88428

W. Grundmann
Kolonialwaren :: Tabak
Zigaretten :: Zigaretten :: Weine u. Liköre
88271

Nieder-Hermsdorf

Altwasser

Bad Salzbrunn

Paul Weiswig - Wenden 3
empfehl. seine Lokalitäten u. Vereinszimmer
88404

Erhard Seigel - Kolonialwaren
Delikatessen, Haus- und Küchengeräte
88041

Sorgenfrei!
Deutsche Bestattungs-Vericherungs-
Aktiengesellschaft
Waldenburg u. Umgebung
88898

Konstantin Witte
Bauer - Herrenkonfektion, Wäsche
Tabakwaren
88491

Beißes Hof / Joh. Bruno Grieger
empf. großen Saal u. Vereinszimmer
zu Vergnügen u. Versammlungszwecken
88042

JULIUS JUST
Kolonialwaren / Tabak / Zigaretten
88056

Rudi Gubala, Waldenburger Straße 14
Kolonial- und Eisenwaren
88490

Milchverarbeitung Groß-Waldenburg
Erste Molkerei des Anbaugebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. Städt. Gesundheitsamtes
Trinkt Milch
Glasflaschen u. lauf. fäml. Molkereiprodukte
nur von meinen Milchwagen u. Verkaufsstellen
88040

Nieder-Salzbrunn

Hermann Bretschneider
Mühlensfabrikate - Lebensmittel
88492

Lebensmittel aller Art gut und preiswert
Hermann Lachner, Obereisenbrunner Str. 34
neben „Germania“
88422

Blumenau

HEINZEL & SCHUBERT
Hauptstraße 4
Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen
88488

Zigaretten / Zigaretten / Rauchtabak
Adolf Kadler, Joh. Friz Kadler
Breslauer Straße 44 und am Bahnhof
88426

Langwaltersdorf

Ober-Wüstegiersdorf

HUGO MÜLLER
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-, Schnitt-
u. Gemischwaren / Verkaufsstellen: Altwasser,
„Eiserne Kreuz“, „Seibergers Kaufhaus“
88424

Sandberg-Waldenburg

Heinrich Gippe - 136
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88435

Ugner & Co., Breslauer Straße 38
Lebensmittel, Obst und Gemüse
Stets frische Land- und Molkereibutter
88423

Reichhennersdorf

ERNST TEICHMANN
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
und Küchengeräte, Erntelagen
88436

Moders Bernhard Gröger
Bauer, Herren-, Kinderkonfektion
Möbel-, Weiß-, Woll-, Kurzwaren
Gröger's Konfektionshaus - Am Bahnhof
88425

Georg Wolf, Dorfstraße 102
Kolonialwaren - Bäckerei
88388

Wüstegiersdorf

Fellhammer-Nord

Dittersbach

Richard Roschner - Hauptstraße 17
Herren- u. Damenkonfektion
88431

**Oskar Krause, Saig-, Bau- u. Möbel-
tischl., Lag. fertig. Möbel u. Holzwaren**
88486

Josef Krieger, Eisenhandlung
Haus- und Küchengeräte, Gefäßartikel
Esslinger Stahlwaren
88259

Karl Schuler, Hauptstraße 54
empfehl. Konfektion und Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen
88430

Maria Puhl, Hauptstraße 15
- Porzellanhandlung -
88483

Oskar Wiedt, Hauptstr. 186, Tel. 1612
Herren- und Knabenkonfektion sowie sämtliche
Herrenartikel / Bindfäden / Brechesolen
88258

Qualitätswaren
für Haus, Straße, Gesellschaft u. Sport
E. Scholz Erben, Hauptstraße 46
88433

Josef Riepel, Hauptstraße 6
Sattlerei - Möbel und Linoleum
88437

Referiert

Breslau-West

Zentral-Theater / Ballsäle / Breslau 6, Westendstr. 50/52
Inhaber: Alfons Hahn - Fernruf 23429
8827

Kolonialwaren / Delikatessen
Tabakwaren - 8 Prozent Rabatt
Egon Franz - Schweigerstraße 9
88079

Bezugt
Dihren's Kaffeebohnen
88314

Breslau-Nord

Lebensmittel
Weine, Tabake
Otto Dindas
Bärenstrasse 31
88087

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Wine, Marra, Marra, Tabakwaren
Fr. Rzedulka
Alsenstraße 48, Ecke Leinhenstraße
88078

Eghe u. Stiefel
bei Wilhelm Vogel
66 Friedrich-Wilhelm-Straße 66
88316

Leinenwaren und Kleiderstoffe
Billigste Einkaufsquelle der Arbeiterklasse
5% Rabatt bei Bezugnahme
Benno Meyer, Friedr.-Wilhelm-Str. 3
88315

KÜCHENGERÄTE
Emaille, Zinkwaren etc.
M. Gasse - Wendenplatz 7
88351

Alsen-Molkerei
Müch, Butter
Eier, Käse
Alsenstrasse 36
88337

Hustenbonbon
Speise-Eis
P. Nierke
Fr. Wilhelm-Str. 59
88086

Fahrradhaus Dreßler, Bärenstraße 9
Press-, Güte-, Victoria- u. Df.-Räder
Schallplatten - Teilzahlung gewährt
88088

W. Schmeiß, Frankfurter Str. 115/117
Büch- u. Erntelagen - Strümpfe
88072

Referiert

Bären-Drogerie
Mr. Hofmann
Bärenstrasse 38
88088

Anna Hahn
Fisch- und
Küchenwaren
Alsenstrasse 54
88338

Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren
H. Schmeiß
Fischer Straße 27, Ecke Alsenstraße
88070

Josef Riepel, Hauptstraße 6
Sattlerei - Möbel und Linoleum
88437

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Sie haben kein Geld zu verzeichnen!
Daher auf zum
Rath-Hausplatz, Friedr.-Wilh.-Str. 16
Tel. 88066, Teilzahlung, Bestellenbefreiung
88513

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert